

NEUE ZEIT

MÄRZ 1980

12

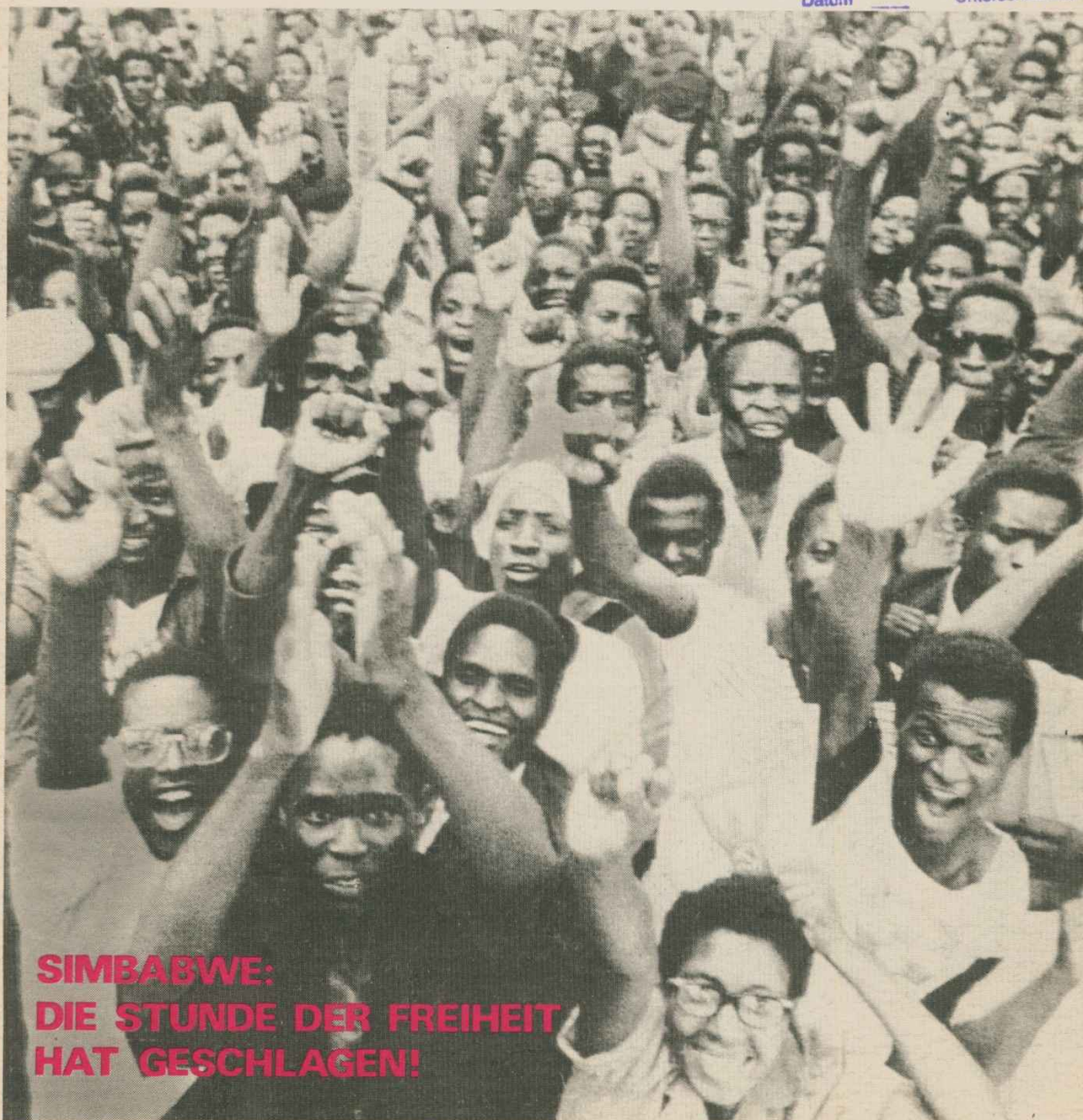
Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum _____

Unterschrift des Leiters _____



**SIMBABWE:
DIE STUNDE DER FREIHEIT
HAT GESCHLAGEN!**



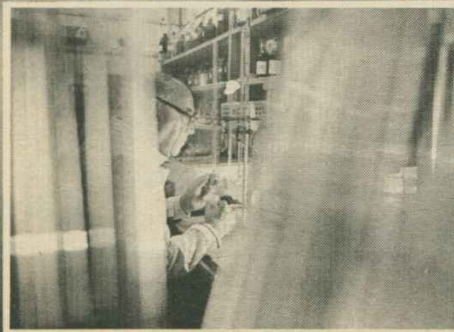
Zahllose Arzneimittel helfen uns bei Krankheiten und Unwohlsein. Arzt und Patient vertrauen diesen von Fachkräften und Staat kontrollierten Mitteln absolut.

In der UdSSR besteht ein mehrstufiges, minutiöses System zur Auswahl und Prüfung von Arzneimitteln. Drei Forderungen werden an ein Präparat gestellt. Unschädlichkeit, Wirksamkeit und schließlich größere Zuverlässigkeit als beim Vorgänger.

Ein neues Präparat wird zuerst an Tieren getestet und erst dann Vertretern unterschiedlicher Wissenschaften vorgelegt. Sie erforschen seine wichtigsten Eigenschaften, aber auch die eventuellen Nebenwirkungen. Erst nach dem Urteil der Experten, das in Instruktionen und Anweisungen fixiert wird, darf ein Präparat in Kliniken geprüft werden. Die einzige Einrichtung des Landes, das Pharmakologische Komitee des Ministeriums für Gesundheitswesen der UdSSR, ist berechtigt, die endgültige Entscheidung zu treffen. Erst auf Weisung des Ministers und nach Zulassung wird ein Präparat Arzneimittel.

Unsere Bilder:

In den Labors des
Staatlichen Instituts für
Standardisierung und Prüfung
von Arzneimitteln



Fotos: A. Garanin

BIS ZUM ENDGÜLTIGEN SIEG

Der Sieg der Patriotischen Front bei den Parlamentswahlen in Rhodesien, die Bildung der Regierung Mugabe und die im April bevorstehende Ausrufung der Unabhängigkeit sind die Marksteine auf dem Wege der britischen Kolonie Rhodesien zum unabhängigen Staat Simbabwe. Das ist der 50. selbständige Staat in Afrika, das war der letzte britische Besitz auf diesem Kontinent.

Daß Großbritannien auf die Verwaltung Rhodesiens verzichtete, war kein Gnadenakt, es klammerte sich an diese Kolonie auf jede Weise und wollte, auf die einheimischen Rassisten gestützt, seine Herrschaft dort verewigen. Ein vergeblicher Versuch der ewig Gestrigen, den Abschluß der Entkolonisierung Afrikas zu verhindern. Das Volk Simbabbwes war gezwungen, zu den Waffen zu greifen, und führte einen gerechten Befreiungskrieg gegen die Unterdrücker seiner Heimat. Dieser Krieg, der 20 000 Menschenleben dahintraffte, hätte nicht zu sein brauchen, gingen den britischen Kolonialherren und ihren rhodesischen Kreaturen die Profitinteressen nicht über das Menschenleben.

Mit dem Sturz des Kolonialregimes in Simbabwe endet eine ganze historische Epoche, die mit der Aufteilung Afrikas unter den imperialistischen Mächten begann. Großbritannien, Frankreich, die USA, Deutschland, Belgien, Portugal, Spanien, Italien — sie alle waren auf die Reichtümer des Kontinents scharf. In Nord- und Tropisch-Afrika gab es kein Territorium, das nicht so oder so von einer dieser Mächte beherrscht gewesen wäre.

Afrika schlug den Weg des Kampfes für die nationale Befreiung später als Asien ein. Aber der Zusammenbruch des Kolonialismus war in Afrika wohl stürmischer. Kolonialreiche, an denen jahrzehnte- und sogar jahrhundertlang gebaut wurde, stürzten in kaum zwanzig Jahren ein. Die nationale Befreiungsbewegung in Afrika hat diese bedeutenden Erfolge in so kurzer Zeit vor allem dank dem Mut und der Standhaftigkeit seiner Völker im Kampf gegen den alten und den neuen Kolonialismus erreicht. Außerdem konnte das freiheitsliebende Afrika mit der Unterstützung aller revolutionären Kräfte der Gegenwart rechnen: der sozialistischen Staaten-

gemeinschaft, der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und der gesamten antiimperialistischen Bewegung. Auch das Volk Simbabbwes stand nicht allein in seinem Kampf, es empfand stets die internationale Solidarität. Deren Kräfte brachten die Imperialisten schließlich dazu, den UNO-Beschluß über den Wirtschaftsboykott Rhodesiens anzunehmen, und verkündeten den 17. März zum Internationalen Tag der Solidarität mit dem Volk Simbabbwes, der überall von seinen Freunden begangen wird. Auch die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) spielte eine wichtige Rolle bei der Unterstützung Simbabbwes.

Der Kampf um wahre Unabhängigkeit endet nicht damit, daß die Nationalflagge gehißt wird. Man könnte nicht wenig Beispiele nennen, da ein Land nach Erringung der Unabhängigkeit noch immer von Monopolen der ehemaligen Kolonialmacht und nicht nur dieser ausgebeutet wird. Die Behauptung einer realen Unabhängigkeit erfordert radikale Umgestaltungen in der sozialen Struktur und den Aufbau einer Gesellschaft, die den Interessen der breitesten Volksmassen entspricht. Das ist ein langwieriger und komplizierter Prozeß.

Auch heute, da Simbabwe mit neuen Aufgaben konfrontiert ist, fordert die OAU alle Mitgliedsländer auf, ihm bei der Umgestaltung des Landes jede mögliche Hilfe zu leisten. Die außerordentliche Tagung des OAU-Ministerrates vom 10.—12. März in Addis Abeba faßte den Beschluß, eine Sondergruppe einzusetzen, die die Anstrengungen der Afrikaner bei der Unterstützung Simbabbwes koordinieren soll.

Die Sowjetbürger haben stets mit dem mutigen, freiheitsliebenden Volk Simbabbwes sympathisiert. Mit Freude und Genugtuung hörten sie die Nachricht von seinem Sieg. Ihre Gefühle und Gedanken fanden Ausdruck in einem Schreiben Leonid Breschnews an die Führer der Patriotischen Front. Darin heißt es, daß die UdSSR sich nach wie vor für die gerechte Sache des Volkes Simbabbwes einsetzt.

Der neue unabhängige Staat, der von den afrikanischen Patrioten geleitet wird, schafft eine neue politische Situation im Süden Afrikas. 90 Jahre lang war Rhodesien ein Vorposten des Kolonialismus und Rassismus. Weiter südlich liegt noch eine große Region, in der auch heute noch der Rassismus in einer seiner schlimmsten Formen — als Apartheid — grassiert. Die Rassisten fügen dem Volk Namibias Leiden zu und verweigern ihm das natürliche und von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Recht auf Unabhängigkeit. Der Kampf dieses Volkes und der Afrikaner in der RSA gegen die rassistischen Herrscher wird nach dem Erfolg der Patrioten Simbabbwes einen neuen Impuls bekommen und zweifellos bis zum völligen Sieg geführt werden.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 12 MÄRZ 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär),
Y. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredak-
teur), I. TROFIMOWA, Y. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die
fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

| | |
|--|----|
| Bis zum endgültigen Sieg | 1 |
| B. Pjadyschew — USA. Kaputte Doktrinen | 5 |
| O. Golowin — Freunde und Feinde des unabhängigen, revolutionären Afghanistans | 7 |
| Biographisches: Robert Mugabe | 9 |
| S. Irodow — Indien. Vielgesichtig wie Wischnu | 10 |
| J. Jurzew — Laos. In der Avantgarde des Volkes | 12 |
| W. Dolgow — El Salvador. Washingtons Intrigen | 12 |
| G. Alexejew — Guinea-Bissau. Die Republik im Vormarsch | 14 |
| A. Stepanow — Demokrat, Humanist, Kämpfer | 15 |
| A. Uswatow — Rücksichtslos | 15 |
| Notizen ♦ Glossen | 16 |
| A. Pin — Ungarn. Frühling an der Donau | 18 |
| T. Jemeljanow — Die Jahrhundertflüge | 21 |
| J. Stoljarow — Japan. Nach dem „Wirtschaftswunder“ | 22 |
| N. Lossinski — Billionen für „Verteidigung“ | 23 |
| K. Karagesian — BRD. Die Tragödie am Bullenhuser Damm | 25 |
| L. Makarewitsch — Alle nahmen. | 28 |
| P. Garb — Die Nachkommen des Kleinen Wolfs | 29 |
| Diskussion mit dem Leser | 31 |
| PS | 32 |



Lange Jahre führte das Volk von Simbabwe unter schwierigsten Bedingungen den bewaffneten Kampf für die nationale Unabhängigkeit und zeigte Mut, Standhaftigkeit und Opferbereitschaft. Jetzt feiert es seinen Sieg. Begeistert haben die Einwohner von Simbabwe die Nachricht vom Sieg der Parteien der Patriotischen Front bei den allgemeinen Wahlen aufgenommen.

Foto: AP-TASS

Gestaltung: O. Winogradow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP. Puschkinskaja Ploščadʹ

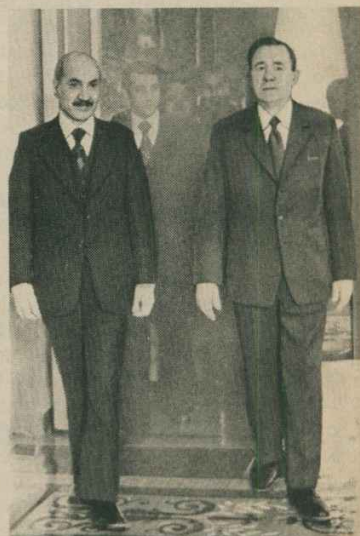
Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 17. März traf eine Regierungs- und Parteidelegation der Republik Nikaragua unter dem Mitglied des Regierungsrates der Nationalen Erneuerung, Moises Hassan, auf Einladung des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein.

Am 11. März empfing Alexej Kossygin im Kreml den Leiter der Regierungsdelegation des Sozialistischen Äthiopien, Addis Tedla. Der Gast überreichte eine Botschaft von Mengistu Haile Mariam an Leonid Breschnew. Addis Tedla wurde auch von anderen Mitgliedern der sowjetischen Führung empfangen.

Am 11. März trafen im ZK der KPdSU Konstantin Tschernenko, Boris Ponomarew und Wadim Sagladin, der Kandidat des ZK der KPdSU und Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, mit einer Delegation der KP Griechenlands unter dem Generalsekretär des ZK der KPG, Charilaos Florakis, zusammen. Die Vertreter der KPdSU und der KPG betonten, daß die gemeinsamen Aktionen der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller Fortschrittskräfte aktiviert werden müssen, um den antikommunistischen und antisowjetischen Kampagnen eine Abfuhr zu erteilen.

Am 13. und 14. März weilte der Außenminister der DR Afghanistan, Shah Mohammad Dost, zu einem Freund-



Andrej Gromyko und Shah Mohammad Dost



Moskau, den 17. März. Andrej Kirilenko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, sowie Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, mit Mitgliedern einer Delegation der Republik Nicaragua bei der Begrüßung auf dem Flughafen.

Foto: TASS

schaftsbesuch in Moskau. Andrej Gromyko und sein Gast hatten einen Meinungsaustausch. Einige Fragen der Bedingungen des zeitweiligen Aufenthalts des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents, das sich auf Bitte Kabuls in der DR Afghanistan befindet, um bei der Abwehr der Aggression von außen zu helfen, wurden erörtert und abgestimmt.

Am 17. und 18. März führte Andrej Gromyko in Moskau Gespräche mit dem Außenminister der Ungarischen Volksrepublik Frigyes Pujak.

Am 15. März wurde der Vorsitzende der Italienischen Kommunistischen Partei, Luigi Longo, 80 Jahre alt. Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an den Jubilar.

Am 11. März wurde in Budapest das langfristige Programm für die Spezialisierung und Kooperation der Produktion UdSSR—Ungarn bis 1990 unterzeichnet.

Am 13. März wurde in Prag das langfristige Programm für die Spezialisierung und Kooperation der Produktion UdSSR—CSSR bis 1990 unterzeichnet.

In Moskau wurde ein bedeutender Kontrakt zwischen der Unionsvereinigung

Sudoimport sowie den französischen Firmen E.T.P.M. und UIE über die Lieferung zweier Werke zur Produktion von Bohrschiffen zur Förderung von Öl und Gas an die UdSSR signiert.

Todor Shiwkow, Erster Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzender des Staatsrates der VR Bulgariens, stattete Libyen und der Republik Malta offizielle Besuche ab.

In Salisbury wurde die Zusammensetzung der von Robert Mugabe gebildeten Regierung bekanntgegeben. Neben dem Amt des Premierministers übernahm Mugabe ferner das Amt des Verteidigungsministers. Dem Kabinett gehören Vertreter der Parteien ZANU und ZAPU sowie zwei Vertreter der weißen Minderheit an, die Landwirtschaftsminister sowie Minister für Handel und Industrie wurden. ZAPU-Führer Joshua Nkomo übernahm das Innenministerium. Simbabwe erlangt am 18. April die Unabhängigkeit.

Im Iran fand am 14. März die erste Runde der Parlamentswahlen statt. In den Wahlkreisen, in denen kein Kandidat die absolute Mehrheit erhielt, wird eine Stichwahl durchgeführt. In den Kurdenprovinzen sowie in Negede, Sirjan und Bahar werden die Wahlen später, nach einer Normalisierung, abgehalten.

Die Internationale Kommission, die die Verbrechen des Ex-Schahs und der US-Regierung im Iran untersuchen soll (sie hatte sich vom 23. Februar bis 11. März in Teheran aufgehalten), kehrte in das UNO-Hauptquartier nach New York zurück. Die Kommission hat die erste Etappe ihrer Tätigkeit abgeschlossen — die Sammlung von Dokumenten und Zeugenaussagen iranischer Bürger. Das beabsichtigte Treffen der Kommissionsmitglieder mit den amerikanischen Geiseln fand nicht statt.

In Genf trafen führende Mitarbeiter von 25 bedeutenden internationalen nicht-staatlichen Organisationen unterschiedlicher politischer Orientierung zusammen. Das Treffen war wegen der ersten Besorgnis der Weltöffentlichkeit über die Verschärfung der internationalen Lage und über die Versuche, den kalten Krieg wiederzubeleben, einberufen worden. Im Kommuniqué fand die Besorgnis über die starke Verschlechterung der internationalen Beziehungen, insbesondere zwischen den USA und der UdSSR, und über beispiellose Eskalation des Wettrüstens, vor allem auf atomarem Sektor, ihren Niederschlag. Es wurde als notwendig erachtet, allseitig zur Bewahrung der Entspannung und zur Abrüstung beizutragen.

Am 14. März schloß die 36. Tagung der UNO-Menschenrechtskommission im Genfer Palais des Nations seine Arbeit ab. An ihr hatten die Delegationen von 43 UNO-Mitgliedsländern teilgenommen, darunter der UdSSR und der Belorussischen SSR, sowie zahlreiche Beobachter internationaler Organisationen. Die Tagungsteilnehmer erörterten eine ganze Reihe wichtiger Probleme des Kampfes gegen schwere Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen Teilen der Erde.

Die Lage in Kabul, wo Ende Februar Agenten der CIA, Pekings und der pakistanischen Militärclique Unruhen provoziert hatten, normalisierte sich weitgehend. Das Ausgehverbot wurde bedeutend verkürzt.

Am 17. März traf der stellvertretende Außenminister Chinas, Zhang Wenjin, in Washington ein. Ziel seines Besuchs sind UPI zufolge „Konsultationen“ wegen der Entwicklung in Afghanistan.

Eine Militärdelegation Chinas unter dem Leiter der militärpolitischen Aka-

demie, Xiao Ke, führte in Islamabad Gespräche über eine Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit und über verstärkte Lieferungen chinesischer Waffen an Pakistan.

Am 13. und 14. März hielt sich der britische Außenminister Lord Carrington zu einem offiziellen Besuch in Rumänien auf, wo er von Präsident Nicolae Ceausescu empfangen wurde. Agerpres zufolge wurde der Stand der rumänisch-britischen Beziehungen behandelt sowie die Spannungen und Konflikte in verschiedenen Regionen analysiert. Carrington legte der rumänischen Seite den Vorschlag für eine „Neutralisierung“ Afghanistans dar. Bekanntlich setzt der Plan für eine „Neutralisierung“ in seiner britischen Version eine Veränderung der bestehenden Ordnung voraus und läuft auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des souveränen afghanischen Staates hinaus.

Am 16. März trafen BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt und der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing in Hamburg zusammen. Dabei ging es um die Ergebnisse der Washingtoner Gespräche des Kanzlers und um Valéry Giscard d'Estaings Reise durch Länder des Nahen Ostens sowie um Fragen der Entspannung: Hier decken sich dem Pariser „Monde“ zufolge die Positionen beider Länder weitgehend, doch die BRD neigt dazu, dem Druck Washingtons stärker nachzugeben.

Wie US-Nachrichtenagenturen melden, unternahm in Pakistan eine Gruppe von Offizieren einen Umsturzversuch. Die Verschwörer wurden verhaftet und nach Fort Attock geschafft.

US-Präsident James Carter gab ein „Antiinflationprogramm“ bekannt. Die jährliche Inflationsrate liegt bei fast 20%. Die bekanntgegebenen Maßnahmen umfassen einen Abbau von Etatposten, die Einschränkung von Handels- und Verbraucherkrediten sowie die Einführung einer Sondersteuer für

Importöl. Der Abbau von Etatposten für das Finanzjahr 1981 um 13 bis 14 Md. Dollar wird ausschließlich den Sozialhaushalt berühren. Die Rüstungsausgaben, der Hauptgrund für die wachsende Inflation, bleiben unangetastet.

In Großbritannien streiken mehr als 100 000 Stahlarbeiter schon den vierten Monat für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und gegen Massenentlassungen. Die Solidaritätsbewegung mit den Streikenden weitet sich aus. Die Stahlarbeiter werden von den südwalisischen Bergleuten, den Hafenarbeitern von Glasgow und den Eisenbahnern von Swindon unterstützt.



Die Amerikaner fordern immer stärker ein Ende des atomaren Wettrüstens. TASS-Foto: Eine Demonstration in San Francisco unter der Parole „SALT II, kein dritter Weltkrieg“

In Wien fand am 13. März die 231. Plenarsitzung der Truppenabbaugespräche statt. Der Westen weigert sich nach wie vor, in konstruktivem Geist die Kompromißvorschläge der sozialistischen Länder zu beantworten. Auch diesmal ließ er eine sachliche Reaktion auf den am 21. Februar unterbreiteten Vorschlag für den schnellstmöglichen Austausch erneuerter Zahlenangaben über die Stärke der Streitkräfte der direkten Teilnehmerstaaten der Verhandlungen (Stand vom 1. Januar 1980) vermissen.

In Paramaribo, der Hauptstadt Surinames, hat die neue Zivilregierung ihre Geschäfte aufgenommen. Sie wird mit dem Nationalen Militärрат zusammenarbeiten, der Ende Februar Ex-Ministerpräsident Arron gestürzt hatte.

Am 11. März wurde Michael Somare, Ministerpräsident von Papua-Neuguinea und Führer der Pangu-Pati-Partei, vom Parlament das Mißtrauen ausgesprochen. Neuer Ministerpräsident des Landes wurde Julius Chan, dessen Partei bis 1979 zusammen mit der Pangu Pati der Regierungskoalition angehörte.

Der einzige Grund, der, wie ich meine, die USA bewegt hat, die Stationierung neuer Arten von Atomraketen in Europa anzustreben, ist der Wunsch, auch weiter Ansprüche auf die Weltherrschaft zu erheben. Die US-Politik mit ihren Weltherrschaftsambitionen hat Großbritannien und den anderen NATO-Verbündeten bereits schweren Schaden zugefügt. Doch haben diese Länder nicht die notwendigen Schlüsse daraus gezogen. Bereits viele Jahre haben die USA Atomraketen in Großbritannien, Italien und der BRD stationiert. Zudem wurde niemals verhehlt, gegen wen diese Raketen gerichtet sind — nämlich gegen die Sowjetunion. Es ist nur natürlich, daß die UdSSR in dieser Lage Gegenmaßnahmen für ihre Sicherheit ergreift.

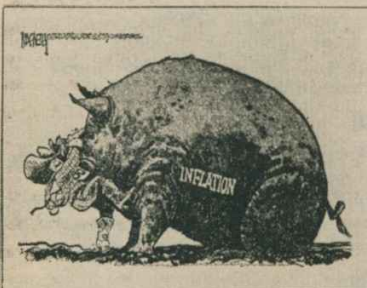
R. B. DAKREE
West Worthing, Großbritannien

In den Jahren der Entspannung brach eine Reihe reaktionärer Regimes zusammen, insbesondere in Asien. Der Eindruck entsteht, daß die amerikanische Führung den natürlichen Gang der historischen Entwicklung aufzuhalten sucht. Die Aufstellung der Eingreiftruppe für den Nahen und den Mittleren Osten bestätigt diese Schlußfolgerung. Die Geiselnahme in der US-Botschaft von Teheran ist nichts als ein Vorwand, um die seit langem von Washington gehegten Aggressionspläne zu verwirklichen.

A. SKUPOWSKI
Kischinjaw, Moldauische SSR

26 Jahre gehöre ich dem australischen Seelenteverband an. Unsere Gewerkschaft hat stets die fortschrittlichen Kräfte und Bewegungen überall auf der Welt unterstützt. Meine Freunde und ich billigen voll und ganz die Aktionen der Sowjetunion in Afghanistan. Das ist keine Intervention wie jene, die seinerzeit die „freie Welt“ in Suez, in Guatemala, in Britisch-Guayana und Kostarika unternahm — vielmehr ist es brüderliche Hilfe, um die ein Staat, der das Feudaljoch abgeworfen hat, das sozialistische Nachbarland gebeten hat, um eine Bedrohung von außen abzuwehren.

Thomas BAIRD
Melbourne, Australien



Der Stärkste siegt

(Aus „Die Zeit“)

KAPUTTE DOKTRINEN

Dr. phil. habil. Boris PJADYSCHEW

Arthur Brill, Oberstleutnant der USA-Marineinfanterie, betrat die New-Yorker Bar „Grand Central Station“. Beim Anblick seiner Uniform rief der Barkeeper: „Das erste Glas spendiere ich!“ Brill war baff, diese Haltung zu Militärs kannte er seit Jahren nicht mehr...

Aber eine solche Haltung zeigen heutzutage auch die chauvinistischen Bourgeois und die Extremisten, ganz zu schweigen von den Exponenten des Militär-Industrie-Komplexes. Eine Woge von Militarismus und Hurra-Patriotismus rollt über die USA.

Voriges Jahr in Washington

Die auf die Idee der Weltherrschaft abzielende Carter-Doktrin reflektiert u. a. darauf, die USA über die Geschichte einer riesigen Region in Asien und im Nahen Osten entscheiden zu lassen, wo viele souveräne Staaten liegen und Millionen Menschen leben, die nie Washington um seine „Fürsorge“ gebeten haben, vielmehr seit Jahrzehnten gegen den Imperialismus und für die Befreiung von den Folgen der jahrhundertlangen Kolonialunterdrückung kämpfen.

Seinerzeit dehnten die Präsidenten Truman und Eisenhower die Sphäre der „Lebensinteressen“ der USA auf Europa und den Nahen Osten aus. Als Folge wurden dort Militärblöcke und zahlreiche Militärstützpunkte geschaffen. Für diese Regionen werden strategische Doktrinen des Einsatzes nuklearer und konventioneller Waffen formuliert.

Gegenwärtig visieren die USA einen weiteren Raum an. Wie es in der Botschaft des Präsidenten „Über die Lage der Nation“ heißt, beabsichtigen die USA, ihre Lebensinteressen auch in jenem Teil der Welt zu verteidigen, der sich über den Nahen Osten nach Südwestasien dehnt und von großer strategischer Bedeutung für die USA ist. Ohne Umschweife wird in der Botschaft verkündet, die USA würden alle

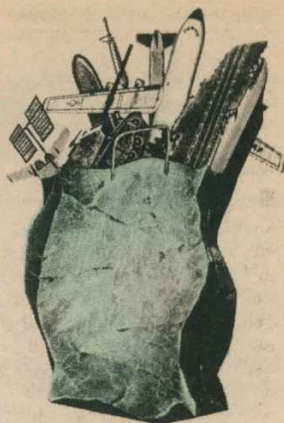
erforderlichen Mittel einschließlich militärischer Gewalt benutzen.

Nach Ansicht der USA-Strategen haben sie ein unwiderlegbares Argument zugunsten ihrer neuen Doktrin, nämlich Afghanistan. Dabei erörterten das Weiße Haus und das Pentagon ihren Kurs in der dritten Welt im Verlaufe des ganzen Jahres 1979. Die Presse unterrichtete gern nicht nur über das Wesen der Diskussionen, sondern auch über die geringsten Einzelheiten. Im Juni 1979 schrieb die „Washington Post“, für die afro-asiatische und die lateinamerikanische Region sei eine Art Carter-Doktrin formuliert worden. Heute spricht man nicht mehr von einer „Art“, sondern unverblümt von der Carter-Doktrin. Aber was hat das mit Afghanistan zu tun?

Ebenfalls laut Pressestimmen wurden an den politisch-strategischen USA-Plänen gegenüber der dritten Welt im vorigen Jahr wesentliche Korrekturen vorgenommen. Ihr Sinn: „die Rückkehr zu einer aktiveren Interventionspolitik, basierend auf militärischer Präsenz“, und „die bedeutendste Steigerung der militärischen Macht der USA im Ausland seit Beendigung des Vietnamkrieges“. Schon damals war die Rede von der Rolle des Weltgendarmen, die die USA-Streitkräfte ohnehin eifrig in der ganzen Nachkriegszeit zu spielen versucht hatten. Nur daß jetzt gefordert wurde, bei bewaffneter Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder all die „moralischen“ und sonstigen Hemmungen abzuschütteln.

Die schwere Hand des Pentagon

Die heutigen interventionistischen Pentagonpläne betreffen, wie aus der Botschaft des Präsidenten folgt, vor allem den Mittleren und den Nahen Osten und den Persischen Golf. Die Veränderungen in der politischen und strategischen Planung will man mit der Notwendigkeit begründen, die Öllieferungen aus dem Nahen Osten zu sichern.



Die intensive Vorbereitung zu bewaffneten Aktionen gegen die Länder, an deren Erdöl die USA lange Zeit Raubzügen trieben, wird nachgerade als Notwehr angesichts der „Schmälerung der Interessen“ Amerikas hingestellt. In Wirklichkeit beschränken sich die Interventionspläne der USA nicht auf diese Region, sie erstrecken sich auf die gesamte dritte Welt. Auch war es nicht nur das Erdöl, das zur Wende in der USA-Strategie geführt hat.

Die verstärkte militaristische Aktivität der USA steht in direktem Zusammenhang mit der in letzter Zeit anwachsenden Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, in der Washington eine direkte Gefahr für seine globalen Ziele sieht. Den Volksrevolutionen und fortschrittlichen Umgestaltungen in Angola, Äthiopien, Afghanistan, Iran, im Nahen Osten, in Nicaragua und anderen Ländern und Regionen kann Washington nur Druck, Kriegsschiffe und Strafverbände gegenüberstellen. Des Pentagons strafende Hand bedroht nicht nur die fortschrittlichen Länder, sondern auch die Monarchie Saudi-Arabien, sollten die USA-Führer befinden, daß Veränderungen in seiner Erdölpolitik ihrer Strategie widersprechen.

Das Weiße Haus hat Entscheidungen getroffen, die die Pläne bewaffneter Interventionen in der dritten Welt explosiv machen. Es bestätigt sich wieder einmal: Die Militärpolitik der USA sieht neben der Vorbereitung auf einen globalen Nuklearkonflikt auch die Bereitschaft zu einem „halben Krieg“ irgendwo in Südasien, dem Mittleren und Nahen Osten sowie Ost- und Südafrika, d. h. Regionen des aktiven Befreiungskampfes der Völker.

Die Vergangenheit dieser Regionen

strotzt von „halben Kriegen“ und sonstigen Konflikten, in denen die Kolonisatoren vier-, ja zehnfach so stark waren wie die Staaten, in die sie einfielen. In seiner Lektion „Krieg und Revolution“ sagte W. I. Lenin 1917: „...nehmen Sie die Geschichte der kleinen Kriege, die sie vor dem großen führten, — ‚kleinen‘ Kriege, weil in diesen Kriegen wenig Europäer, dafür aber Hunderttausende aus jenen Völkern umkamen, die sie versklavten, die von ihrem Standpunkt nicht einmal als Völker angesehen werden (irgendwelche Asiaten, Afrikaner — sind das etwa Völker?); mit diesen Völkern wurden Kriege folgender Art geführt: sie waren waffenlos, und man mordete sie mit Maschinengewehren.“

Längst sind die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nicht mehr so wehrlos, als daß die USA- und die NATO-Militärs, nachlässig MG-Feuer streuend, den Widerstand ihrer Völker ohne weiteres brechen könnten. Die Niederlage Washingtons in Vietnam veranschaulichte die gewaltige Kraft des Internationalismus und der Solidarität anderer Länder mit einem Opfer der imperialistischen Aggression. Die militärpolitische USA-Führung ist sich darüber klar, daß heute selbst ein „halber Krieg“ in der dritten Welt große Anstrengungen abverlangen würde, und bereitet deshalb die Interventionsmaschinerie für diese Regionen in beispiellosen Ausmaßen vor.

Das Pentagon formiert ein 110 000 Mann starkes Korps, um es bei Strafoperationen einzusetzen. Ähnliches wurde Ende der 60er Jahre versucht, als Präsident Johnson vorschlug, eine große Strafformation aufzustellen: ein Marinearsenal aus Schiffen mit Marinern und Rüstungen an Bord bei lokalen Interventionen einzusetzen. Dieser Plan fand keine Unterstützung. Johnsons Vorschlag, sagte der damals einflußreiche Politiker R. Russell aus Georgia, der der Senatskommission für Angelegenheiten der Streitkräfte vorstand, „kann den Eindruck erwecken, als wollten die USA der Weltgendarm sein“. Am ehesten wurden die „Marinearsenale“ deshalb nicht vom Pentagon-Stapel gelassen, weil es der zunehmende Bedarf an Menschenmaterial für den Vietnamkrieg nicht zuließ. Und nun habe, bemerkt die „Washington Post“, „Präsident Carter, der zu jener Zeit eine Erdnußplantage in Russells Staat besaß, buchstäblich denselben Plan unterbreitet: die Eingreiftruppe“. Besagte 110 000-Mann-Truppe bildet die Spitze der Washingtoner Strategie gegen die Befreiungsbewegung und verfolgt unverhüllt kolonialisatorische Zwecke.

Ferner ist die Rede von der Gründung eines selbständigen USA-Kommandos Nahost. Bisher wurden die Militäroperationen in diesem Raum unter Führung des Befehlshabers der USA-Truppen in Westeuropa durchgeführt.

Die USA suchen nach neuen Stützpunkten im Nahen Osten, um ihre militärische Präsenz noch mehr zu erweitern.

Ziele hinter dem Horizont

Um sich die Schlüsselpositionen zur See und in der Luft in Nordostafrika und am Persischen Golf zu sichern, verstärkt Washington seinen Druck auf Saudi-Arabien, Oman, Somalia und einige andere Staaten am Persischen Golf. Das Pentagon hat auch nichts gegen die von Ägypten angebotenen Dienste. Eine Reservevariante ist die Anlegung eines Aufmarschgebiets auf israelischem Territorium.

Doch ist es nicht einfach, sich einen Stützpunkt auf fremdem Boden auszubedingen. Nicht so viele finden sich bereit, USA-Waffen bei sich zu stationieren, weiß man doch nie, ob diese morgen nicht gegen die Regierung des betreffenden Landes gekehrt werden.

Deshalb setzt Washington große Hoffnungen auf die Aufstellung einer ständigen USA-Flotte im Indischen Ozean bzw. einer starken Flottengruppe im Arabischen Meer und im Nordwestindik. All das würde dem Pentagon eine so bequeme militärische Präsenz „hinter dem Horizont“ sichern: in unmittelbarer Nähe der Länder am Persischen Golf und doch ohne daß es direkt an konkrete prowestliche Regimes der Region denken ließe, denen die Partizipation an den militaristischen USA-Schritten mit ernsthaften politischen Erschütterungen drohen könnte. Unter dem Vorwand der Krise in den amerikanisch-iranischen Beziehungen haben die USA im Indischen Ozean

bereits bedeutende Flottenverbände konzentriert.

Unterschiedliche Varianten eines Überfalls auf Iran werden in Betracht gezogen. Wie man in Washington offen sagt, soll das Planen von Strafoperationen gegen Iran anderen Ländern, vor allem Saudi-Arabien, zu denken geben und ihnen verdeutlichen, daß die USA, sollten sich diese Länder widerspenstig zeigen, imstande und bereit sind, die eigenen „nationalen Interessen“ mit militärischer Gewalt zu verteidigen. Bekümmert schrieb die „U. S. News & World Report“: „Die Urheber der Politik in Washington sind zu dem Schluß gekommen, daß die bisherige ausweichende Haltung der Regierung in bezug auf Gewaltanwendung die Stärke der USA in Zweifel gezogen hat.“ Jetzt soll man also in der dritten Welt wissen, daß die USA jederzeit bereit sind, Feuer um der „nationalen Interessen“ willen Tausende Meilen weit von der eigenen Küste zu eröffnen.

Flankenschutz gesucht

Die USA-Pläne für Interventionen in der dritten Welt werden in der Hoffnung aufgestellt, die NATO-Verbündeten da hineinzuziehen. Die Experten eines Washingtoner „Gehirntrüsts“ schrieben, man müsse den Europäern ihren viel zu festen Glauben nehmen, die USA könnten die auf den anderen Kontinenten entstehenden Krisen allein bewältigen. In letzter Zeit kann Washington die Westmächte in kollektive neokolonialistische Aktionen immer mehr einbeziehen, wie etwa 1978 in Afrika, wo die Zaire-Provinz Shaba Objekt der Aggression seitens der USA, Frankreichs und Belgiens zugleich war. Nach der NATO-Ratstagung vom Dezember 1979 und besonders im Lichte der Entwicklung in Iran und Afgha-

Kanonenbootdiplomatie der 80er Jahre: US-Träger „Nimitz“ vor der iranischen Küste

Foto: Keystone/TASS



Leonid Breschnew, der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, erklärte am 22. Februar in seiner Wahlrede: „Die UdSSR wird ihre Truppenkontingente aus Afghanistan zurücknehmen, sobald die Ursache ihrer dortigen Präsenz fortfallen und die afghanische Regierung der Meinung sein wird, daß diese Präsenz nicht mehr notwendig ist. Die USA fordern lauthals die Zurücknahme der sowjetischen Truppen, dabei tun sie selbst faktisch alles, um diese Möglichkeit hinauszuschieben. Sie setzen die Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans in immer größerem Umfang fort. Ich möchte mit aller Bestimmtheit erklären: Wir werden bereit sein, zur Zurücknahme unserer Truppen zu schreiten, sobald jederlei gegen die Regierung und das Volk Afghanistans gerichtete Einmischung gänzlich aufhören wird. Sollen die USA das gemeinsam mit den Nachbarn Afghanistans garantieren, dann fällt die Notwendigkeit der sowjetischen militärischen Hilfe fort.“

Jetzt muß man sich um Voraussetzungen dafür bemühen, daß das afghanische Volk ohne Einmischung von außen die Ziele seiner Revolution erreichen und sein Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit behaupten kann. Es muß gesagt werden, daß Publikationen wie die in „Nuestra bandera“ ganz und gar nicht dazu beitragen.

Es sei festgestellt, daß die allermeisten kommunistischen und Arbeiterparteien die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Führungswechsel in Afghanistan vom Dezember 1979 vom Klassenstandpunkt, vom internationalistischen Standpunkt aus beurteilt haben. In Erklärungen und Artikeln haben sie die Maßnahmen begrüßt, die die neue Führung unter Babrak Karmal getroffen hat, um die Gesetzlichkeit wiederherzustellen, die persönliche Sicherheit der Landesbewohner zu gewährleisten und zu den Idealen der Aprilrevolution zurückzukehren. Sie haben es auch begrüßt, daß die UdSSR Afghanistan hilft, die Einmischung der ihm feindlichen auswärtigen Kräfte abzuwehren.

Man kann sich in diesem Zusammenhang auch mit den abstrakten, faktisch opportunistischen Argumenten nicht einverstanden erklären, daß eine „wirkliche Volksrevolution, um Ränke der Imperialisten zu neutralisieren“, nur auf sich, auf die eigenen Kräfte bauen und sich von anderen Völkern nur moralisch und wirtschaftlich helfen lassen dürfe. Sollen die UdSSR, die anderen sozialistischen Länder, die kommunistischen Parteien und revolutionären

Bewegungen etwa tatenlos zusehen, wie die interventionistischen und konterrevolutionären Kräfte des Imperialismus ein Blutbad unter einem Volk anrichten, wie sie sich anschicken, die unabhängige Demokratische Republik Afghanistan in einen Stützpunkt des Neokolonialismus umzuwandeln?

Die spanischen Freunde dürften am allerwenigsten vergessen, daß das republikanische Spanien im nationalrevolutionären Kampf den Beistand der Fortschrittskräfte aus aller Welt, auch aus der UdSSR, genoß. Auch damals zeterte der Klassenfeind von einer „sowjetischen Einmischung“ in die Angelegenheiten Spaniens. England, Frankreich und andere westliche Länder verkündeten eine Nichteinmischungspolitik, und das benutzten die Faschisten, um die spanische Revolution im Blute zu ertränken. Übrigens waren auch die heuchlerischen Klagen der damaligen Zweiten Internationale für die

Faschisten kein Hindernis, sondern faktisch nur eine Hilfe: die Mitleidsbekundungen für die Spanische Republik und das Unterlassen jeder helfenden Tat. Und das nannte sich nun Nichteinmischung!

Als wirklicher Internationalist und Friedenskämpfer kann nur gelten, wer nicht in Worten, sondern mit Taten energisch gegen die aggressive Politik des Imperialismus und seine Versuche ankämpft, andere Länder zu seinen Vasallen zu machen. Die Unterstützung des demokratischen Afghanistans, das für sozialen Fortschritt kämpft und die koordinierten Angriffe des US-Imperialismus, des chinesischen Hegemonismus und des diktatorischen Regimes von Pakistan abwehrt, ist eine konkrete Beisteuer zur Sache der nationalen Unabhängigkeit, zur Stärkung der Kräfte der Demokratie und des Fortschritts, zur Sicherheit der Völker in diesem Teil Asiens und in der ganzen Welt. ■

BIOGRAPHISCHES

MINISTERPRÄSIDENT VON SIMBABWE

ROBERT GABRIEL MUGABE



Robert Gabriel Mugabe wurde 1925 in Kutama bei Salisbury als Sohn eines Bauern aus dem Zezuru-Stamm (Völkerschaft Shona) geboren. Nach einer Missionärsschule unterrichtete er in den unteren Klassen, nach der Promotion an der Universität Fort Hare (RSA) 1954 an den Schulen in Rhodesien, Njassaland und Ghana.

In den 50er Jahren trat R. Mugabe der Jugendliga des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas bei. Damit begann seine politische Tätigkeit. Nach seiner Rückkehr aus Gha-

na nach Rhodesien wurde er zum Sekretär für Information und Presse der National-Demokratischen Partei gewählt. Nach ihrem Verbot 1961 wurde sie in die Afrikanische Volksunion von Simbabwe (ZAPU) umbenannt. Zusammen mit anderen führenden Funktionären dieser Partei wurde Mugabe verhaftet und mußte für drei Monate im Gefängnis sitzen. 1963 wurde er Generalsekretär der Afrikanischen National-Union von Simbabwe (ZANU).

Auf Erlaß der rassistischen Regierung Smith wurde Mugabe 1964 erneut festgenommen und blieb im Gefängnis bis 1974. Nach der Freilassung stand er der ZANU, deren Hauptquartier in Moçambique war, vor. 1976 wurde er zum ZANU-Vorsitzenden gewählt, wobei die Partei den Kurs auf bewaffneten Kampf nahm. Im selben Jahr traten Ro-

bert Mugabe und ZAPU-Vorsitzender Joshua Nkomo an die Spitze der Patriotischen Front von Simbabwe, die beide Parteien vereinigte und den bewaffneten Kampf des Volkes für die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat, für die Beseitigung des rassistischen Regimes entfaltete.

Nachdem die Pläne der Rassisten und ihrer imperialistischen Schutzherren, dem Volk von Simbabwe das neokolonialistische Marionettenregime Smith-Muzorewa aufzuzwingen, gescheitert waren, fanden im Lande im Februar 1980 allgemeine Wahlen statt. Die ZANU errang einen überzeugenden Sieg, sie erhielt 57 von den 80 für die Afrikaner bestimmten Sitzen. Robert Mugabe wurde mit der Regierungsbildung beauftragt. Er ist zugleich Verteidigungsminister.

VIELGESICHTIG WIE WISCHNU

In Neu-Delhi hat Sergej IRODOW seine Tätigkeit als unser ständiger Bericht-
erstatter aufgenommen. Hier sein erster Bericht.

Indien ist vielgesichtig — dieser in Reportagen kaum jemals fehlende und daher schon banale Satz gibt aber genau die gegenwärtige Realität in Indien wieder. Ähnlich den zahllosen Inkarnationen einer der höchsten hinduistischen Gottheiten, Wischnus, zeigt es sich täglich in einer neuen Gestalt und erweckt Entzücken, Bewunderung, Heiterkeit und Mitgefühl.

Die Asaf-Ali-Straße teilt die Landeshauptstadt in Alt- und Neu-Delhi. Alt-Delhi, die Hauptstadt mächtiger Reiche und winziger Sultanate, hat Blütezeiten und Niedergänge erlebt. Viele Eroberer machten es dem Erdboden gleich, aber wie der Phoenix erstand es immer wieder aus der Asche. Heute erinnern an die fernen Zeiten Tempel, imposante Befestigungsanlagen und ein Labyrinth enger Winkelgassen. Zwischen winzigen Läden, Buden und Werkstätten eingezwängt, vom beißenden Rauch der Petroleumkoker und Garküchen durchzogen, von einem unvorstellbaren Drängen und Hasten erfüllt, versetzen sie den Europäer zuerst in Verwirrung, und er staunt, wie man sich dabei den typisch indischen Optimismus, Gleichmut und die ebenfalls typische Freundlichkeit bewahren kann.

Unser Wagen hat sich durch den endlosen Strom vielfarbiger Fahrradrickschas, mit feurigen kleinen Pferden bespannter Kutschen und hochbeladener Ochsenkarren durchgeschlängelt und fährt in die Neustadt ein. Breite Straßen mit viel Grün. Sorgfältig gepflegte Parks. Der englische Architekt Edwin Luytens, der Neu-Delhi plante, dachte es sich als Gartenstadt. Viele tausend Inder haben diesen Plan ausgeführt. Die neue Stadt wurde mit englischer Sorgfalt, ja Pedanterie in 18 Jahren gebaut, denn die Briten gedachten, hier zu bleiben. Aber genau 18 Jahre nach ihrer Fertigstellung — 1947 — wurde sie zur Hauptstadt des vom Kolonialismus befreiten, unabhängigen Indiens erklärt.

Seitdem ist Neu-Delhi noch schöner und größer geworden. Moderne

Wohn-, Geschäfts- und Fabrikviertel sind hinzugekommen.

Die beiden Delhi sind also sehr verschieden, aber beide sind typisch indisch. Die Altstadt verkörpert Indiens Vergangenheit, die Neustadt seine Gegenwart sogar mit einem Blick in die Zukunft.

Das alte und das neue Indien erkennt man buchstäblich auf Schritt und Tritt. Auf den Gehsteigen nützliche Menschen und die Neubauten der Viertel Govindpuri und Madangir, wo noch vor einigen Jahren Ödland mit sonnenversegten Gräsern und Sträuchern war. Auf dem Lande der mit dem Hakenpflug rackende Bauer und daneben ein neuer Traktor, einer von den 350 000, die jetzt auf den Feldern Indiens eingesetzt sind. Ein Junge, der mit seinen eigentlich noch zu schwachen Beinen die Pedale einer Fahrradrickscha tritt, und der indische Satellit Bhaskara, der schon fast ein Jahr um die Erde kreist.

Solche Kontraste weist das große asiatische Land noch in großer Zahl

Straßenszene in Alt-Delhi



auf. Zu ihnen gehören auch die beachtlichen Leistungen in den etwas mehr als drei Jahrzehnten nationaler Freiheit. Die industrielle Produktion hat sich beinahe vervielfacht, der Getreideertrag mehr als verdoppelt. Nicht minder ansehnlich sind die Leistungen auf anderen Gebieten der Wirtschaft, in Wissenschaft und Technik, bei der Hebung des Bildungs- und Kulturniveaus der Landesbevölkerung. Die Kehrseite bilden die Qualen des Volkes, das über zwei Jahrhunderte in kolonialer Knechtschaft war. Sehr akut sind noch immer Probleme wie die Armut, die Arbeitslosigkeit, die kontrastierende materielle Lage und die Überbleibsel der Kasten.

Der Janata-Partei, die 1977 zur Macht kam, war unfähig, ihre großen Versprechungen, die Lebensverhältnisse der Werktätigen zu verbessern, zu halten, ja, die Wirtschaftslage des Landes wurde noch schlechter, besonders in der letzten Zeit, die sie und die von ihr abgespaltenen Gruppen regierten. In einer Zwischenbilanz für das im März zu Ende gehende Rechnungsjahr 1979/80 sagen indische Wirtschaftsexperten eine Abnahme des Brutto-sozialprodukts, des Pro-Kopf-Einkommens und der industriellen Produktion voraus. Die Schwerindustrie ist von der Energiekrise in Mitleidenschaft gezogen, fast die Hälfte ihrer Kapazitäten liegt still. Durch die Ausfälle in der Strom- und Brennstoffbelieferung sind kleine und handwerkliche Betriebe, von deren Entwicklung die Janata unaufhörlich redete, ganz eingegangen. Auf dem Lande ist der Kampf zwischen den Armen und der besitzenden Spitzenschicht heftiger geworden. Öfter als sonst kommt es zu Kasten- und Religionskonflikten. Das Allerschlimmste aber ist wohl das rapide Anwachsen der Inflation und das Hinaufschnellen der Preise für unentbehrliche Gebrauchsartikel. Der „Economic Times“ zufolge stiegen die Preise voriges Jahr durchschnittlich um mehr als 20%.

„Für Leute wie ich ist der Zucker nicht mehr süß“, sagte ein älterer, in eine abgewetzte Dhoti gekleideter Inder in einem Geschäft Delhis zu mir. „Ich kann mir keinen mehr leisten. Noch vor kurzem kostete das Kilo etwas über 3 Rupien, jetzt kostet es über 6. Ich kann verstehen, daß das auch an der schrecklichen Dürre vom vorigen Jahr liegt, aber doch wohl nicht nur an ihr?“

Wie eine Antwort auf die Frage meines Zufallsbekannten klang die Meldung des „Patriot“ von Ende Februar, daß in Kattak 15 Grossisten verhaftet worden sind, die einander fiktiv mehrere hundert Säk-



In der Neustadt

Fotos: I. Kowaljow

ke Zucker verkauften. Die Säcke wanderten vom einen zum anderen, davon wurde der Zucker nicht mehr und nicht weniger, aber der Preis ging jedesmal ein Stück in die Höhe. Den Schiebern wurde das Handwerk gelegt, aber der Zuckerpreis war in Kattak schon gestiegen.

Nach den ersten Maßnahmen der Regierung Indira Gandhis zu urteilen, die bei den Wahlen im Januar einen glänzenden Sieg davontrug, sind für die Schieber, Schwarzhändler und solche, die Nahrungsmittel verstecken, schlimme Zeiten angebrochen.

Gewiß, in etwas mehr als zwei Monaten kann man nicht ausräumen, was sich in Jahren angesammelt hat. Konkrete Maßnahmen gegen Teuerung, Inflation und gegen die Schwierigkeiten in der Wirtschaft sind erst in Arbeit, vor allem in der Energiewirtschaft, der Kohleindustrie und bei den Eisenbahnen, wo die Lage besonders schwer ist. Auf der am 11. März eröffneten Tagung des Parlaments wird über diese Maßnahmen debattiert.

Von der Pressegalerie der Lok Sabha (der Volkskammer, des Unterhauses) ist der Sitzungssaal gut zu übersehen. Rechts sitzt die große Fraktion des regierenden Indischen Nationalkongress (I). Nach dem Erfolg dieser Partei bei den Nachwahlen von Ende Februar in vier von den fünf Wahlkreisen ist die Zahl ihrer Abgeordneten auf 352 gestiegen. Das sind fast zwei Drittel der Kammer. Links sitzt die Opposition: die Janata, die Lok Dal, der INC(A) und die Fraktionen der KPI und der KPI (Marxisten). Jetzt sind diese beiden im Unterhaus bedeutend stärker vertreten. Wie mir

Mohindra Acharya, der Sekretär der KPI-Fraktion, sagte, wird die KPI im Parlament die Rolle einer demokratischen Opposition spielen und fortschrittlichen Maßnahmen der Regierung zustimmen, jedoch gegen solche ihrer Schritte auftreten, die den Forderungen der breiten Volksmassen zuwiderlaufen.

Besonders wird sich die jetzige Parlamentstagung mit Wirtschaftsfragen befassen. So aktuell sie aber auch sind, nicht sie allein beschäftigen heutzutage die Inder. Im Bundesstaat Assam ist es alles andere als ruhig, aus Nagaland und Mizoram kommen nach wie vor besorgniserregende Nachrichten. Die vom Ausland unterstützten separatistischen Elemente in diesen und anderen nordöstlichen Landesgebieten intensivieren ihre Wühlakte, um einige Bundesstaaten und -gebiete von Indien abzutrennen und aus ihnen unter der Ägide Pekings einen Marionettenstaat als Pufferstaat zu bilden. In den an Indien grenzenden Gebieten sind zahlreiche Sabotagezentren eingerichtet worden, und dort bilden chinesische Instrukteure Auführer vom Naga-, Mizo-, Manipuri- und von anderen indischen Stämmen im bewaffneten Kampf aus und versehen sie mit Waffen und Munition. Aus der indischen Presse erhellt, daß im Südwesten Chinas Startanlagen für Mittelstreckenraketen mit Kernsprengköpfen gebaut werden. Deren Aktionsradius erstreckt sich über den ganzen Norden und Nordosten Indiens.

Bisher hält Peking 36 000 km² indisches Gebiet besetzt und beansprucht, wie Indira Gandhi Ende Februar erklärte, große Gebiete Indiens, Nepals, Burmas und Bhutans. „China bedroht unsere Grenze“, hob die Ministerpräsidentin hervor.

Sehr besorgt ist die indische Regierung auch über den Plan der USA, modernste Kampftechnik an Pakistan zu liefern, das schon wiederholt Waffen aus den USA gegen Indien zum Einsatz gebracht hat. Begründete Unruhe äußern politische Kreise Indiens auch über die verstärkte militärische Präsenz des Pentagons im Indik. Sie bedroht die Unabhängigkeit der dortigen Staaten und den Frieden und die Sicherheit in Asien überhaupt. Die Regierung Indira Gandhis nimmt unerschütterlich gegen die Versuche Washingtons Stellung, Indien mit der antisowjetischen Hysterie wegen der Vorgänge in Afghanistan zu infizieren und einen Keil zwischen das sowjetische und das indische Volk zu treiben, deren Freundschaft die Probe der Zeit bestanden hat.

Daß diese Anstrengungen vergebens sind, haben der Besuch Außenminister Gromykos und derjenige

Iwan Archipows, Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, vom Februar in Indien deutlich vor Augen geführt.

Sehr festlich wurde in Indien das 25jährige Jubiläum der sowjetisch-indischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit begangen, zu der das Abkommen über den Bau des Hüttenwerks in Bhilai den Auftakt gab. In Sonderbeilagen aus diesem Anlaß betonten die großen Landeszeitungen, daß die UdSSR Indien hilfreich die Hand reichte, als sich die Westmächte kategorisch weigerten, der jungen Republik bei der Förderung ihrer Volkswirtschaft unter die Arme zu greifen. Die Hochöfen von Bhilai haben schon viele Millionen Tonnen Metall ergeben. Die wertvollste Legierung nennt man hier aber mit Recht die Freundschaft, die die Gestalt von mehr als 70 schon gemeinsam gebauten oder noch entstehenden Betrieben angenommen hat. Es sind Fabriken, Kraftwerke u. a.

Über die zügige Entwicklung der guten Beziehungen der UdSSR zu Indien sprach Leonid Breshnew unlängst voll Wärme in einer Wahlrede. Er sagte, daß sie „den Interessen der Völker beider Länder, der Sache des Friedens in Asien und in der ganzen Welt gut entsprechen“. In Indien hat man sehr erfreut aus Leonid Breshnews Rede erfahren, daß ein gemeinsamer Raumflug eines sowjetischen und eines indischen Kosmonauten bevorsteht.

Wie Bhupesh Gupta, der Sekretär des KPI-Nationalrats, mir gegenüber hervorhob, ist das indische Volk stolz auf die lobenden Worte Leonid Breshnews über die Beziehungen zu Indien und die Rolle, die sie bei der Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit spielen. Gupta hob hervor: „Wir sind überzeugt, daß sich die aufrichtige freundschaftliche Zusammenarbeit unserer Länder und Völker immer mehr entwickeln und festigen wird.“

* * *

Im Frühjahr werden in Indien viele Feste gefeiert. Das liebste und bunteste ist aber wohl das Holi. Es ist wirklich bunt, denn ein Brauch will es, daß man einander mit flüssiger Farbe oder gefärbtem Wasser begießt. Manchen behagt das vielleicht nicht sehr, aber keiner kann sich ausschließen, jeder soll nach Möglichkeit seine Sorgen zu Hause lassen. Die Einwohner Delhis geben sich mit Wonne dem fröhlichen Treiben hin, und mir scheint, es liegt jetzt nicht nur an ihrer heiteren Wesensart, sondern auch an einer größeren Zukunftsgewißheit.

S. IRODOW

Delhi, im März

IN DER AVANTGARDE DES VOLKES

Juri JURZEW

In der Provinz Sam Neua, wo die laotische Revolution entstand, gründeten 300 Delegierte aus allen Teilen des Landes am 22. März 1955 die Laotische Volkspartei. (Im Februar 1972 wurde sie auf dem II. Parteitag in die Laotische Revolutionäre Volkspartei umbenannt.) Ihrer Bildung war ein langwieriger und heldenhafter Kampf vorausgegangen.

Seit 1893 war Laos eine französische Kolonie. Jahrzehnte vergingen, aber in diesem äußerst rückständigen Lande schien die Zeit stillzustehen. Der Generalsekretär des ZK der LRV und Ministerpräsident der Volksdemokratischen Republik Laos Kaysone Phommvihane sagte: „Zu einer Zeit, als Laos in ausweglose Finsternis versunken zu sein schien, beleuchtete die Oktoberrevolution den Völkern Indochinas den Weg zur Befreiung.“

Ein Ereignis, das die Geschicke der Länder dieser Region in hohem Maße bestimmte, war die Gründung der Kommunistischen Partei Indo-

chinas, die sich 1930 unter Führung Ho chi Minhs vollzog. Die KP trat an die Spitze der nationalen und revolutionären Befreiungsbewegung der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea. Sechs Jahre später bildete sich in der Partei eine laotische Sektion. Die Kommunisten nutzten die günstigen Voraussetzungen, die sich aus der Niederlage Nazideutschlands und des militaristischen Japans ergeben hatten, um die revolutionäre Bewegung zu intensivieren, und führten die Völker zum Sturmangriff auf den Kolonialismus in Indochina. Das Jahr 1945 brachte die große Wende. Im August wurde die Revolution in Vietnam vollbracht. Anfang Oktober sprach sich die Mehrheit der kampucheanischen Bevölkerung bei einem Referendum für die Unabhängigkeit aus. Ebenfalls im Oktober wurde in Laos die Unabhängigkeit ausgerufen.

Aber die Kräfte des Kolonialismus und Imperialismus wollten eine solche Entwicklung nicht hinnehmen.



In Vientiane

Foto: TASS

Die französischen Kolonialherren kamen nach Indochina zurück, um seine Völker erneut zu knechten. Auf dem II. Parteitag der KP Indochinas (Februar 1951) wurde der Beschluß gefaßt, in jedem Land seine eigene Partei zu schaffen, damit die revolutionäre Bewegung konkreter geleitet werden konnte.

Die LRV schloß breite Volksschichten im Kampf gegen die USA-Imperialisten zusammen, die auf die französischen Kolonisatoren folgten. Unter der Führung dieser Partei wurde die Patriotische Front errichtet, der sich Massen-, Jugend-, Frauen- und andere Organisationen anschlossen. Die laotischen Patrioten nutzten alle Formen des Kampfes — den bewaffneten, den politischen, den diplomatischen — und brachten

EL SALVADOR

Die Lage bleibt gespannt, nach wie vor fallen friedliche Einwohner von der Hand der Terroristen aus extremrechten Gruppierungen. Allein in den ersten zwei Monaten d. J. forderte der Terror mehr als 600 Opfer. Wo bleiben die Behörden? Auf Verfügung der militärisch-zivilen Junta wurde am 6. März über El Salvador der Ausnahmezustand verhängt. Unter diesem Vorwand führen Armee und Polizei Strafoperationen gegen die fortschrittlichen Organisationen durch. In der Hauptstadt und in anderen Städten kommt es zu Razzien und Verhaftungen.

Doch die Repressalien und der Terror haben die Patrioten nicht gebrochen. Obwohl alle verfassungsmäßigen Garantien aufgehoben sind, verurteilten alle Lehrer des Landes Anfang März die hemmungslose Gewalt und Willkür und forderten strenge Bestrafung der Mörder. Den Lehrern schlossen sich die Angestellten von Gerichten und Anwaltsfirmen an. Die revolutionäre Bewegung erfaßt das ganze Land.

Die herrschende Junta tut so, als mischte sie sich da nicht ein, im Grunde aber leistet sie den Rechtskräften Vorschub. Anfang März trat Héctor Dada Hirezi (Christdemokrati-

WASHINGTONS INTRIGEN

sche Partei) aus Protest gegen die Repressivpolitik der reaktionären Offiziere aus ihr aus. Seinen Posten erhielt der Vorsitzende derselben Partei, der notorisch rechte Politiker José Napoleón Duarte. Dieser Schritt führte zu einer neuerlichen Spaltung in der Partei, weil viele Mitglieder gegen die Zusammenarbeit mit der Militärkamarilla protestieren.

Washington mischt natürlich kräftig mit. Es liegt u. a. in seinem Interesse, daß Christdemokraten in der Junta bleiben, denn das gibt ihr einen respektablen Anstrich. Auch erhofft es sich von ihnen die Verhinderung einer revolutionären Explosion, und zwar durch einige oberflächliche Reformen, die an den sozialpolitischen Grundfesten der Ordnung, vor allem aber nicht an den Interessen der US-Monopole rütteln. Gerade solchen Zielen dienen die von der Junta Anfang März veröffentlichten Dekrete über die Agrarreform und die Verstaatlichung von Privatbanken. Die fortschrittliche Öffentlichkeit sieht darin nur ein taktisches Manöver zu dem Zweck, die demokratischen

Kräfte zu beschwichtigen. In Wirklichkeit tastet die verkündete Agrarreform den Großgrundbesitz nicht an. Aber angeblich zu ihrer Durchführung wurden Truppen in die ländlichen Gebiete entsandt, wo sie gegen die Bauernaktivisten vorgehen. Das Gesetz über die Verstaatlichung der Banken erstreckt sich nicht auf die Finanzinstitutionen der USA.

Die westliche Presse beteuert, Washington habe im Februar den Amtsantritt extremrechter Militärs in El Salvador verhindert. Wovon lassen sich aber die herrschenden USA-Kreise leiten? Geht es ihnen etwa um die Interessen des Volkes von El Salvador, um die Errichtung eines demokratischen Regimes in diesem Lande? Nicht im geringsten. Das Weiße Haus zieht eben Lehren aus dem Zusammenbruch der Somoza-Tyrannie. So sind die USA bestrebt, in El Salvador eine quasidemokratische Fassade zu erhalten, hinter der die Interessen der einheimischen Oligarchie und ihrer nordamerikanischen Schirmherren unbehelligt bleiben.

Für diese Oligarchie setzt Washing-

in engem Zusammenwirken mit der vietnamesischen Volksarmee und mit Unterstützung der sozialistischen Bruderländer der inneren Reaktion und ihren überseeischen Schirmherren eine vernichtende Niederlage bei. Die patriotischen Kräfte zwangen sie dazu, am 21. Februar 1973 ein Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der nationalen Eintracht in Laos zu unterzeichnen sowie in die Neutralisierung von Vientiane und Luang Prabang und die Bildung von Koalitionsmachtorganen einzuwilligen. Seit dieser Zeit trat die laotische Revolution in eine neue Entwicklungsphase.

Als die proamerikanischen Regimes in Saigon und Phnom Penh 1975 zusammenstürzten, reifte in Laos schnell eine revolutionäre Situation heran. Unter schöpferischer Anwendung der leninistischen Lehre und nach der Analyse der eigenen und der gegnerischen Kräfte faßte die Partei den Beschluß über den allgemeinen Aufstand und die Machtübernahme. Auf Initiative des Nationalkongresses der Volksvertreter wurde am 2. Dezember die Monarchie abgeschafft und die Volksdemokratische Republik verkündet. So friedlich, ohne einen einzigen Schuß, wurde in Laos die nationaldemokratische Etappe der Revolution abgeschlossen. Das Land begann mit dem

Aufbau der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft unter Umgehung des kapitalistischen Stadiums.

Unter Führung der Partei wurden in Laos einschneidende sozialökonomische Umgestaltungen durchgeführt: Privatbanken und Außenhandelsfirmen nationalisiert, die Vermögenswerte der Kompradoren und sonstigen Reaktionäre beschlagnahmt. Der staatliche Sektor erstarkt, auf dem Lande entfaltet sich die Genossenschaftsbewegung. Viel geschieht in der Republik, um die materielle Lage der Werktätigen zu verbessern und das Analphabetentum zu liquidieren.

Kaysone Phomvihane stellte fest: „Vor allem die Gründung einer wahren marxistisch-leninistischen Partei als Herzstück der Revolution und die Gewährleistung der führenden Rolle der Partei sicherten den Erfolg der Revolution in unserem Lande.“

Das Volk von Laos baut das neue Leben in enger Zusammenarbeit mit den Völkern Vietnams und Kampuchas auf. Entgegen den Behauptungen der Peking- und der westlichen Propaganda handelt es sich dabei nicht um eine Föderation, sondern um ein brüderliches Bündnis unabhängiger souveräner Staaten mit gemeinsamen historischen Wegen. Ihre enge Zusammenarbeit ist ein ständig wirkender Faktor und

gewährleistet den Erfolg im gemeinsamen Kampf für die Festigung der Unabhängigkeit und den sozialen Fortschritt.

Eine feste Freundschaft verbindet Laos mit der UdSSR. Während des Treffens zwischen Leonid Breschnew und Kaysone Phomvihane im September 1979 wurde das gegenseitige Bestreben bestätigt, die brüderlichen Verbindungen und die allseitige Zusammenarbeit der Parteien und Völker auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus noch enger zu gestalten.

Die Sowjetbürger verstehen, daß Laos es nicht leicht hat. Peking verübt immer größere Provokationen gegen dieses friedliebende Land, hält an der Grenze zu Laos große Truppenverbände, schleust Gruppen von Diversanten und Spionen in die VDR Laos ein und wühlt gegen sie.

In Laos heißt es, die Zeit und das Wasser des Mekong können nicht rückwärts fließen. Das Volk dieses Landes hält standhaft durch und ist bereit, alle Provokationen zurückzuschlagen. Weder die chinesischen Hegemonisten noch die innere Reaktion können diesen unumkehrbaren Prozeß stoppen: den Aufbau des freien, unabhängigen Laos, das die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft schafft.



El Salvador: Armee gegen Patrioten

Foto: TASS

ton jetzt sämtliche diplomatischen, finanziellen und militärischen Hebel in Bewegung. Im Februar war William Bowdler, Stellvertretender Außenminister der USA, in den zentralamerikanischen Ländern. In San Salvador demonstrierte er öffentlich seine wohlwollende Haltung zur Junta. Daraufhin wurde Robert White zum USA-Botschafter in El Salvador ernannt; dieser Mann war jahrelang Berater des paraguayischen Diktators Stroessner und ist als Anhänger einer „Verwaltungsformel“ bekannt, die Repressalien mit scheinbaren Reformen vereinigt. Bei der Überreichung seiner Beglaubigungsurkunden erklärte der Botschafter, daß sein Land die Junta voll und ganz unterstütze, und erinnerte an den Beschluß der USA-Administration, ihr 50 Mio Dollar bereitzustellen.

Das wird nicht die erste Dollarspritze für das heutige Regime in El Salvador sein. Früher hatte das Pentagon 5 Mio Dollar als Militärkredit zur Verfügung gestellt.

Offenbar schließt man in Washington auch eine direkte militärische Einmischung nicht aus. Wie die „Washington Post“ bezeugt, hat der Nationale Sicherheitsrat den Plan gebilligt, nach El Salvador „zumindest drei mobile militärische Ausbildungsformationen“ zu entsenden. Der Plan wird schon verwirklicht. Erklärungen demokratischer Organisationen von El Salvador zufolge sind US-Kriegsschiffe mit Marineinfanteristen an Bord vor seiner Küste konzentriert und Mariner-Einheiten im Hafen La Union aufgetaucht. In Armee und Polizei von El Salvador nimmt rasch die Zahl von US-Ausbildern zu. Eilig werden in mehreren Gebieten Pisten

und Flugplätze für nordamerikanische Flugzeuge und Hubschrauber angelegt.

Laut lateinamerikanischen Pressestimmen hat das Pentagon Pläne für einen Einfall der Armeen von Guatemala und Honduras in El Salvador sowie für den Einsatz der ehemaligen „Gardisten“ Somozas ausgearbeitet, sollte sich die Lage der Junta sehr verschlimmern und Washington den Vorwand liefern, seine Interessen als bedroht anzusehen.

In El Salvador sind mit der CIA liierte Gruppen und Organisationen eifrig am Werk. Die US-Zeitschrift „Nation“ schrieb, die Vereinigten Staaten seien dabei, die von ihnen selbst in diesem Land aufgezogene „nationalistische demokratische Organisation“ (ca. 60 000 Mitglieder) zu stärken. Dieser ist die Rolle der Hauptstoßkraft bei der Unterdrückung der anwachsenden nationalen Befreiungsbewegung in El Salvador zugedacht.

Aber die Manöver der USA und die Repressalien der Reaktion von El Salvador sind nicht imstande, den erstarkenden Kampf des Volkes für grundlegende wirtschaftliche und politische Umgestaltungen im Interesse der Massen aufzuhalten.

W. DOLGOW

DIE REPUBLIK IM VORMARSCH

German ALEXEJEV

In der Hauptstadt, vor dem Palast der Republik, weht im Wind vom Atlantik die rotgrün-gelbe Staatsflagge der unabhängigen Republik Guinea-Bissau. Am 19. September 1963 gründete Amílcar Cabral in Portugiesisch-Guinea die Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln (PAIGC). Sie bot das Volk zum nationalen Befreiungskampf auf, der in einen bewaffneten Kampf gegen die Kolonialherren hinüberwuchs.

In den Annalen des heldenhaften Kampfes gehört dem kleinen Dorf Madina do Boé ein besonderer Platz. Hier riefen die Deputierten der ersten Nationalen Volksversammlung am 24. September 1973 die Republik aus, hier bestätigten sie die erste Volksregierung. Ich durfte jener historischen Parlamentstagung beiwohnen, die noch während des bewaffneten Befreiungskampfes stattfand, und über ihren Verlauf berichten. Die Abgeordneten begrüßten den neuen freien Staat Afrikas mit den Rufen „Viva república!“, „Viva PAIGC!“.

Am 25. April 1974 wurde in Portugal das faschistische Regime gestürzt, was die endgültige Befreiung Guineas von den Kolonialisten beschleunigte. Die Regierung Portugals anerkannte im selben Jahr die Republik Guinea-Bissau und zog ihre Truppen aus dem Lande zurück. Damit hatte der jahrelange bewaffnete Kampf des guineischen Volkes um seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit mit dem vollen Sieg geendet.

Für den Aufbau des neuen Lebens mußte es alle seine Kräfte mobilisieren. Es hieß die Folgen der kolonialen Vergangenheit beheben, die nationale Wirtschaft entwickeln und für die Werktätigen bessere Verhältnisse schaffen. Dazu mußte es große Schwierigkeiten überwinden. Das im Mai 1975 verabschiedete Gesetz über die Verstaatlichung des gesamten Grund und Bodens wurde von den Bauern, die 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen, begeistert aufgenommen. Diese Reform gehört zu den ersten wichtigen Schritten der neuen Macht.

Die Landwirtschaft ist hier der Schlüsselzweig der nationalen Wirtschaft, deshalb gilt ihr das be-

sondere Augenmerk der Regierung. Schon in den ersten Jahren der Unabhängigkeit wurden in verschiedenen Bezirken Genossenschaften und experimentelle Farmen gegründet, um den Bauern dann deren fortschrittliche Erfahrungen zu vermitteln. So erzielt z. B. die bekannte Genossenschaft Contuboe zwei Reisernten im Jahr, und die Arbeitsproduktivität wächst dort ständig. Neben den kollektiven Arbeitsformen fördert die Regierung auch die Einzelwirtschaften durch Einführung fester Aufkaufpreise und durch Propaganda für moderne Methoden der Bodenbearbeitung.

In der Kolonialzeit gab es hier außer einer Brauerei, einigen wenigen verarbeitenden Betrieben sowie zum Teil handwerklich betriebenen Werkstätten keine Industrie. Heute bestehen schon ein staatlicher Betrieb für Parkett und Holzzeugnis-



Junge Erbauer des neuen Lebens
Foto: TASS

se namens SOCOTRAM, eine Ziegelei, eine Obstsaftfabrik, der volkseigene Betrieb Petrominas für Prospektierung und Förderung von Mineralien usw. Bald wird in Cumeré (bei Bissau) ein agrarindustrieller Komplex — ein ziemlich großer, moderner Betrieb für geschälten Reis, Erdnüsse, Pflanzenöl und Viehfutter — in Gang gesetzt.

In Bissau und anderen Städten sieht man volkseigene Geschäfte (Armazém do Povo), im Land bestehen schon 130, und schon während des bewaffneten Kampfes gab es welche in den befreiten Gebieten).

Guinea-Bissau hat wie viele andere sozialistisch orientierte Entwicklungsländer im Bildungswesen Ansehnliches geleistet. Alle Kinder ge-

hen in die Schule, den Erwachsenen wird allmählich das Lesen und Schreiben beigebracht.

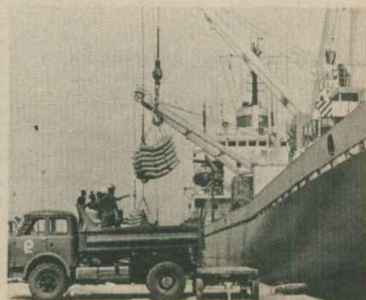
Der III. PAIGC-Kongreß (November 1977) hat das Land auf den Aufbau einer von Ausbeutung freien Gesellschaft orientiert. Er definierte die Partei als Bewegung, als die „führende politische Kraft der Gesellschaft“, die eine Politik „national-revolutionärer Demokratie“ betreibt. Als ihre nächste Aufgabe betrachtet die PAIGC den Zusammenschluß der Republik Guinea-Bissau mit der Republik der Kapverden zu einem einheitlichen Staat. Guinea-Bissau wird „auch weiter einen antiimperialistischen und blockfreien Kurs steuern“, die Zusammenarbeit mit allen Ländern ausbauen und die „unterdrückten Völker im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus, Apartheid und Zionismus rückhaltlos unterstützen“.

Guinea-Bissau und die Sowjetunion sind von Anfang an in Freundschaft und Zusammenarbeit verbunden. In Moskau wurden im Februar 1975 Abkommen über die Zusammenarbeit der beiden Länder in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur sowie über den Ausbau des Handels unterzeichnet.

In Guinea-Bissau arbeiten Gruppen sowjetischer Fachleute. Sie prospektieren Bauxit- und andere Vorkommen. Seit Oktober v. J. liefert das mit technischer Hilfe der UdSSR gebaute Dieselmotorkraftwerk Strom. Weitere Dieselmotorkraftwerke sollen demnächst in Betrieb genommen werden. Die 1975 gebildete sowjetisch-guineische Fischereigesellschaft Estrela do Mar ist der größte Fischlieferant für den Binnenmarkt. Luís Cabral hob in der Nationalen Versammlung die Bedeutung dieser Gesellschaft für die Wirtschaft Guineas hervor.

An der Kwame-Nkrumah-Oberschule unterrichten Lehrer aus Moskau, Leningrad und Jerewan. Sowjetische Ärzte, die in Kreiskrankenhäusern von Gabú und Bafatá tätig sind, genießen hohes Ansehen.

Sowjetische LKW im Hafen von Bissau
Foto: ADN/TASS



Die Gesellschaft „Guinea-Bissau—UdSSR“ steuert viel zur Freundschaft der beiden Länder bei. Im August v. J., am Jahrestag ihrer Gründung, wurde in Bissau das Haus der guineisch-sowjetischen Freundschaft eingeweiht. Dort fand vor kurzem ein Treffen guineischer Absolventen sowjetischer Lehranstalten statt, die jetzt in ihrer Heimat arbeiten. Viele von ihnen bekleiden in der Partei oder in staatlichen Institutionen hohe Posten. In der UdSSR studieren jetzt Hunderte junge Leute aus Guinea-Bissau, die in den nächsten Jahren als Fachkräfte zurückkehren werden. Die junge Republik braucht sie dringend.

Die Schwierigkeiten, die das Volk zu überwinden hat, werden durch unablässige Umtriebe innerer und äußerer Feinde noch erschwert.

In Bissau steht auf einem dicht am Hafen gelegenen Platz ein Denkmal der Docker des Hafens Pijiguiti, die von den Kolonialisten erschossen wurden, weil sie gestreikt hatten. Es wurde genau 20 Jahre nach dieser Begebenheit, am 3. August 1979, enthüllt, ist sechs Meter hoch und stellt eine Hand aus schwarzem Marmor dar, die erst anfängt, sich zur Faust zu ballen. Die damaligen Ereignisse

haben das politische Bewußtsein der Massen gestärkt und den nationalen Befreiungskampf gefördert.

Die Werktätigen Guinea-Bissaus ehren die Nationalhelden, die ihr Leben für Freiheit und Unabhängigkeit hingegeben haben, besonders Amilcar Cabral, den hervorragenden Führer der nationalen Befreiungsbewegung, der am 20. Januar 1973 in Conakry von den Kolonialisten ermordet wurde. Am Tag, an dem sich die Gründung der PAIGC zum 20. Male jährte, wurden seine sterblichen Überreste aus Conakry nach Bissau überführt und in der Amura-Festung beigesetzt, wo auch andere Helden ruhen. In Bafatá wurde Amilcar Cabral ein Denkmal gesetzt und wird das Haus, in dem er geboren wurde, sorgfältig instandgehalten. Dieser Tag wird jetzt in Guinea-Bissau und auf den Kapverden als Tag der Nation begangen.

Anfang der 70er Jahre, als ich in Conakry war, sagte mir Amilcar Cabral: „Der Tag wird kommen, an dem das Volk Guinea-Bissaus das koloniale Joch für alle Zeiten abwerfen und seines Geschicks selbst Herr sein wird.“ Dieser Tag ist gekommen.

Bissau

DEMOKRAT, HUMANIST, KÄMPFER

Apartheid, Rassendiskriminierung... Diese schändlichen Erscheinungen rufen bei allen ehrlichen Menschen berechtigten Zorn hervor. Zu jenen, die den Rassismus nicht nur verurteilen, sondern sich auch aktiv in den Kampf dagegen eingereiht haben, gehört der geistliche Würdenträger John Collins aus Großbritannien. Am 24. März würdigt der Anti-Apartheid-Ausschuß der UNO Collins 75. Geburtstag. John Collins, Vorsteher der St. Paul's Cathedral zu London, hat sich seit 1949 der Befreiung des Volkes von Südafrika gewidmet. Der Geistliche, der seit 1964 den Internationalen Schutz- und Hilfsfonds für Südafrika leitet, tut alles, um den Rassismus, seine unmenschliche Ideologie und Praxis auszumerzen. Kundgebungen und Demonstrationen, Geldsammlungen für die Opfer des Rassismus, das intensive organisatorische und aufklärerische Wirken — das ist Collins Lebensaufgabe.

Persönliche Freundschaft verband ihn mit Kwame Nkrumah, verbindet ihn jetzt mit Julius Nyerere, Joshua Nkomo und mit vielen anderen führenden Politikern der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika. Viel tut John Collins für den Afrikanischen Nationalkongreß von Südafrika. Tausende verdanken Leben und Gesundheit dem Internationalen Schutz- und Hilfsfonds für Südafrika, Tausende wurden durch den unermüdlichen Präsidenten dieser Organisation aufgerüttelt.

Der weltweite Kampf gegen Rassismus und Apartheid wird von Jahr zu Jahr intensiver. Heute Simbabwe, morgen Namibia und übermorgen Südafrika... Der Tag wird kommen, da das schändliche System der Rassenunterdrückung für immer wird weichen müssen. Und in der Chronik dieses Kampfes steht mit goldenen Buchstaben der Name des Demokraten, Humanisten und Kämpfers John Collins.

A. STEPANOW

NZ

KOMMENTAR

RÜCKSICHTSLOS

Monatelang blieb der Posten des Außenministers in der Regierung Israels vakant. Anfang März nahm ihn Jitzhak Shamir ein, ehemaliger Parlamentsvorsitzender, ein Mann, der selbst im Vergleich zu den Extremisten der herrschenden Likud-Koalition als Superfalke wirkt. Selbst die Abkommen von Camp David, die bekanntlich der gesamtarabischen Sache großen Schaden zufügen, sind ihm zu sehr proarabisch und antiisraelisch.

In einem Interview für die „Ma'ariv“ legte Shamir seine Hauptprinzipien dar: „Nein zu Israels Grenzen von vor Juni 1967, nein zu einem palästinensischen Staat, nein zu einer Aufteilung von Jerusalem.“

Kaum zog der neue Minister in sein Arbeitszimmer ein, da wurde schon der Beschluß Israels bekanntgegeben, Arabern ein großes Grundstück (440 ha) bei Jerusalem wegzunehmen, um dort ein weiteres Wohnviertel für Israelis zu bauen. Reuter meldet: „Dieser neue Vorort wird praktisch die Umkreisung der arabischen Bezirke Jerusalems durch jüdische Vororte abschließen.“

All das kommt nach der entschiedenen Verurteilung, die der UNO-Sicherheitsrat über die Praktiken Tel Avivs äußerte, immer weitere Dörfer auf den okkupierten Territorien anzulegen.

Wie erklärt sich die herausfordernde Position der Regierung Begin, die keine Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit nimmt!

Die israelischen Falken vom Schlage eines Begin, eines Shamir und Co. fühlen sich wohl durch Washingtons Salto mortale auf der internationalen Arena ermuntert: Dieses hat ja die Stimmabgabe des USA-Delegierten im Sicherheitsrat zugunsten der erwähnten Resolution öffentlich demontiert.

Doch irren sich die Leute in Tel Aviv, die glauben, daß die Unterstützung des offiziellen Washington und das Kapitulantentum von Kairo den Expansionisten alles möglich machen. Das letzte Wort gehört nicht ihnen.

A. USWATOW

Dieselben Karten

„Es besteht die Gefahr, daß das Embargo der Carter-Administration für Getreidelieferungen an die Sowjetunion nicht das angekündigte Ziel erreichen wird“ — ein derartiges Eingeständnis dürfte den Redakteuren der „Business Week“ (USA) nicht leicht gefallen sein. Hatten sie sich ja kürzlich nicht weniger eifrig als die Administration für eine „Bestrafung der Russen“ stark gemacht.

Doch die „Business Week“ wird ja vor allem von Geschäftsleuten gelesen, die mehr für Zahlen und Fakten übrig haben als für Worte und politische Gesten. Und mit den Tatsachen ist das bekanntlich so eine Sache.

Die „Business Week“ ist offenbar sehr beunruhigt darüber, daß das Embargo als Wirtschaftswaffe wirkungslos war. Zudem hat es „Instabilität“ auf den Getreidemarkten geschaffen und den Bundeshaushalt zusätzlich belastet

— und das trotz aller Nadelstiche des US-Landwirtschaftsministeriums. So wurden in Washington Geheimmaßnahmen beschlossen, um Getreidelieferungen anderer Länder an die Sowjetunion zu entdecken und zu verhindern — Methoden à la FBI.

Das FBI verfügt natürlich über reiche polizeistaatliche Erfahrungen. Doch hier werden die sowjetisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen aufs Spiel gesetzt! In dieser Frage sollte die jetzige Administration, bevor sie mit ihrer Embargopolitik eine Schlappe erleidet, Erfahrungen bei Experten anderen Profils suchen — z. B. bei George Kennan, dem früheren US-Botschafter in Moskau.

Carters Maßnahmen, erklärte kürzlich George Kennan, „sind Karten, mit denen man schon einmal gespielt hat, ein zweites Mal geht das nicht“. Und diese Karten wurden schon wiederholt ausgestochen.

P. ANDREJEW

GESETZESHÜTER UND DAS GESETZ

Alles war ruhig. Tony Castro hatte nichts Verdächtiges bemerkt, als er am 31. Mai 1978 zusammen mit seinem Kollegen in einem gepanzerten Geldtransporter in die Lagerhalle im Erdgeschoß des „Daily Mirror“ fuhr. In seinem Fahrzeug befanden sich 200 000 Pfund Lohngehalte. Tony wartete, bis sich das gewaltige Sicherheitstor geschlossen hatte, bevor er die Ladetür seines Fahrzeugs öffnete, um das Geld herauszuholen. Dabei achtete er nicht auf die beiden vermeintlichen Drucker in der Nähe der Laderampe — bis die plötzlich zum Tor rannten, das Vorhängeschloß zertrümmerten und die Tür beiseiteschoben. Von draußen raste ein Komplize der beiden mit einem gestohlenen Mercedes in die Halle. Zu dritt rissen die Gangster das Geld an sich, wobei sie Tony, als er Widerstand leistete, großkalibrige Schrotkugeln durch den Körper jagten. Die Räuber entkamen.

Ein Verbrechen, gut geplant, brutal ausgeführt, wie es beinahe täglich in „jeder Großstadt der Welt“ geschehen kann — so „Der Spiegel“. Und trotzdem war der Raubmord ein Verbrechen besonderer Art — verübt mit Wissen und bei schweigen der Duldung der Londoner Polizei. Zu diesem Schluß kam die Untersuchungsgruppe, die bereits anderthalb Jahre schweren Anschuldigungen gegen die Ordnungshüter nachgeht. Unter Verdacht gerieten beide

voneinander unabhängige Polizeiorganisationen — die „Polizei der City von London“ und Scotland Yard selbst mit seinen 22 766 Beamten.

Die Untersuchung förderte zutage, daß sich die Londoner Polizisten schwerster Verbrechen schuldig gemacht haben. Sie wurden überführt, Raubüberfälle geplant und Verbrecher auf „aussichtsreiche“ Objekte angesetzt zu haben. Die Bullen trugen dafür Sorge, daß die Polizeiautos einen Bogen um den Tatort machten, sie verschachtelten beschlagnahmte Waffen weiter an Kriminelle und entzogen auf frischer Tat ertappte Gangster ihrer gerechten Strafe. Dafür erhielten sie Schmiergelder zwischen fünfzig und einigen tausend Pfund.

G. SERGEJEV

JUSTIZKOMPLIZEN

Diese Richter seien „unabhängige, nur ihrem Gewissen und dem Gesetz verantwortliche Amtswalter“ gewesen — soweit Auslassungen des Bundesgerichtshofs (BGH) über Untaten der Henker des „Volksgerichtshofs“. Seit Bestehen der BRD verteidigt der BGH fanatisch seine NS-Vorgänger. Bundestagsabgeordnete, Juristen und Hinterbliebene der Opfer des Justizterrors verlangten immer wieder, die Mörder in der Robe zur Rechenschaft zu ziehen. Kürzlich forderten 40 bekannte Professoren erneut, die Verbrecher des „Volksgerichtshofs“ endlich abzuurteilen.

Der Generalstaatsanwalt ordnete erst im Oktober 1979 eine Untersuchung an — doch auch damit hat man es nicht eilig. Die Justiz behauptet, von den ehemaligen Richtern und Staatsanwälten würden nur noch vier leben (übrigens waren sie nach dem Zusammenbruch des Naziregimes später in der BRD als Staatsanwälte bzw. Richter tätig). Diese vier genossen eine Vorzugsbehandlung — die Namen der Betroffenen werden geheimgehalten. Wann es zu einer Untersuchung kommen und zu welchen Ergebnissen diese führen wird, ist unbekannt — so heißt es in Justizkreisen. NS-Richter genießen in der BRD Immunität.

W. ROSEN

HINTERMÄNNER ZUFRIEDEN

In Chile wird nach dem Rezept des US-„Wirtschaftswissenschaftlers“ Friedman bereits seit dem Sturz von Präsident Allende ein „wirtschaftliches Experiment“ durchgeführt. Anfangs gab man den US-Monopolen von der UP-Regierung nationalisierte Industriebetriebe zurück. Die Wirtschaft des Landes rissen sich Monopole wie die ITT und die Anaconda unter den Nagel.

So manche „Erfolge“ wurden auch den Chilenen beschert. Die Industrieproduktion erreicht kaum



Zeichnung: N. Stscherbakow

stand von 1970, die Wirtschaft liegt am ... Die Arbeitslosigkeit schlägt alle Rekorde. Preise für Artikel des Bedarfs sind ... der Pinochet-Herrum 342% gestiegen.

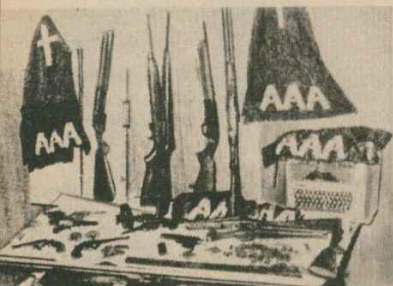
„Experiment“ wird ... astischen Maßnahmen flankiert. Nicht von ihr schrieb die Wochenzeitschrift „Statesman“, daß das ... et-Regime auf Frieden ... Wirtschaftssystem ... und sich nur mit der Geheimpolizei ... Pinochet ist da kaum überboten. Jegliche ... Tätigkeit in ... ist verboten. Wie das ... etonte, „ist das ein ... für die Reichen ... glicher Luxus“.

Aushaltung des Mi- und Polizeiparats ... 43% des Staats- ... aufgewandt. 1979 wurden mehr ... 0 Patrioten ins ... Geworfen. Tausen- ... ohne Gerichts- ... liquidiert. Der ... ordnete kürzlich ... verzüglich den Bau ... Gefängnisses ... punkt: 20 Mio Dol- ... Angriff zu nehmen. ... Hintermänner ... zufrieden sein.

W. WETROW

postel mit MPI

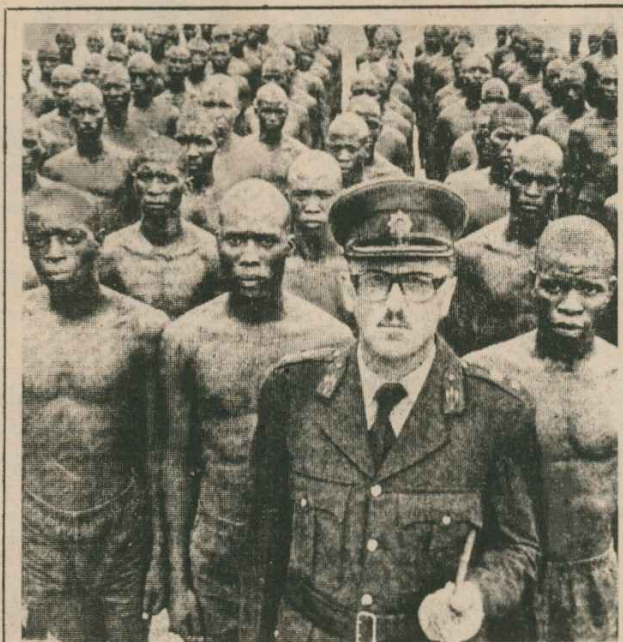
Meldung der spanischen Zeitung „El ... Die Polizei von Barcelona hat eine ... adikale Terroristengruppe unschädlich ... Ihre Mitglieder nannten sich „Spanische ... ingsarmee“. 12 schwerbewaffnete Mordbu- ... ngelührt von einem gewissen Manuel Rei- ... anda, verübten gewöhnlich ihre Verbre-



er Bild: Waffen, Munition und Kapuzen ... en drei A, die die Polizei bei der Ver- ... von Terroristen der „Spanischen Be- ... sarmee“ sichergestellt hat.

„NEUE ZEIT“

12.80



Diese Rekruten sollen der „Strategie des totalen Krieges“ von RSA-Premierminister Pieter Botha dienen.

Die Rüstungsausgaben der Republik Südafrika haben sich in den letzten 20 Jahren vervielfacht. Doch noch viele Soldaten (vor allem „Eingeborene“ als Kanonenfutter) werden gebraucht. Schwarze RSA-Bewohner werden als Rekruten angeworben, um mit ihrer Hilfe die nationale Befreiungsbewegung niederzuschlagen. Doch die Kommandoposten sind ausschließlich den Weißen vorbehalten.

Aus der „Welt“ (BRD)

chen, indem sie Kapuzen mit der Kennzeichnung „AAA“ überzogen, um so zu zeigen, daß sie zur „Antikommunistischen Apostolischen Allianz“ gehörten. Die Untaten der „Apostel“ sind hinreichend bekannt. In Heft 10 berichteten wir von dem zunehmenden faschistischen Terror in Spanien und von dem aufsehenerregenden Prozeß gegen die faschistischen Verbrecher, die im Januar 1977 in das Madrider Anwaltsbüro der Arbeiterkommissionen in der Calle Atocha eingedrungen waren, fünf Rechtsanwälte ermordet und weitere vier schwer verletzt hatten. Unter den aktivsten subversiven Organisationen wie der Fuerza Nueva und den Christkönigskriegern wurde auch die „Antikommunistische Apostolische Allianz“ erwähnt.

Die Untersuchung ergab, daß sich die Bande gerade erst gebildet hatte. Doch 18 Terroranschläge und Banküberfälle hat sie schon verübt.

In Spanien haben Rechtsextremisten allein im vergangenen Jahr 105 Personen ermordet. Die Polizei deckt nur wenige Verbrechen der frischgebackenen „Apostel“ auf, die sich nicht mit Gottes Wort, sondern mit gewöhnlichen MPis gerüstet haben. Wenn die Faschisten auch nur wenige zu „überzeugen“ vermögen, greifen sie zumindest zu Einschüchterungsmanövern — wie zu Zeiten des Caudillo.

A. BARYSCHEW

WER MACHT DIE CIA STARK?

Bisweilen suchen gewisse amerikanische Journalisten oder Historiker nolens volens die CIA als Staat im Staat, als „unsichtbare Regierung“, „zweite Regierung“ etc. hinzustellen. Die CIA agiert angeblich unabhängig vom Weißen Haus und verfolgt oft eine „eigene Politik“. Wenn sich also die Spionagebehörde „erlaubt“, den Mord eines ausländischen Politikers oder einen Umsturz in einem „befreundeten“ Land zu inszenieren, dann wäscht die Administration demonstrativ ihre Hände in Unschuld...

Doch die CIA und die anderen US-Spionageorgane unterstehen dem Präsidenten als dem Verantwortlichen für alle Geheimdienste. Zudem hat die jetzige Administration ihre Kontrolle über die Spionageorgane verschärft. Bislang haben die Präsidenten nicht selten auf den Konsultativrat für Angelegenheiten der Geheimdienste gehört, einem Konsultativorgan beim Präsidenten. Der jetzige Chef des Weißen Hauses hat den Rat aufgelöst.

Der oberste Dienstherr der US-Spionagedienste ergreift Maßnahmen, um die Folgen jener Kritik an den Spionagediensten zu überwinden, die von 1974 bis 1976 im Kongreß und in der Presse laut wurde. Im Repräsentantenhaus wurde eine Gesetzesvorlage eingebracht, der zufolge „Enthüllungen der Aktivitäten der CIA“ unter Strafe gestellt werden: 10 Jahre Haft und große Geldstrafen. W. TSCHERNOW



Beim Rechtsanwalt:
„Meine Augen vermache ich der Augenbank, meine Nieren der Nierenbank, und meine Goldplomben gehen an die Bank meiner Frau.“

Aus der „Chicago Sun Times“
USA

Frühling an der Donau

Von unserem Sonderberichterstatter
Albert PIN

Unter den ungarischen Städten zieht Szentendre wohl die meisten Maler an. Unzählige Gemälde, auf denen seine steilen Gassen, malerischen Barockhäuser und Kirchen und das flache Donau-Ufer festgehalten sind.

Gäste aus dem nur 15 km entfernten Budapest und von weither kommen, um Luft zu holen, die sorgsam gepflegte stimmungsvolle Altstadt zu genießen, die Museen und Gemäldegalerien, vor allem aber die wunderbaren Keramiken der in ihrer Phantasie unerschöpflichen Margit Kovács zu erleben.

All ihre Kräfte hat sie der Kunst gewidmet. Vor drei Jahren starb sie und vermachte ihre Kunstwerke Szentendre, der Stadt ihrer besten Schaffensjahre.

Im Museumssaal bleibe ich vor einer Tonplastik stehen: Ein junges Mädchen in Festkleidung schneidet die erste Scheibe von einem Brot ab, den Laib auf Bäuerinnenart an die Brust haltend. Das erinnert mich an die alte ungarische Sitte, die erste Scheibe Brot aus neuem Getreide dem ersten Bettler zu geben, der an die Tür des Bauern klopfte. Diese traurige und edle Sitte war in dem „Land der drei Millionen Bettler“, wie Ungarn seinerzeit genannt wurde, weit verbreitet. Sie entschwand, als das neue Leben anbrach. Seit mehr als 30 Jahren wird das erste Stück vom neuen Brot jenen überreicht, die im Dorf am meisten geachtet werden: dem fleißigsten Bauern, dem LPG-Vorsitzenden, dem Parteisekretär, dem Dorflehrer...

Ich war in Szentendre an einem Sonntag im März. Er fiel kühl und trüb aus, es gab nur wenig Besucher. Das Frühjahr hat sich in diesem Jahr verspätet, aber schon glänzten die frisch geputzten Fenster, junges Gras spross an den Hügelhängen, und in den Gärten verbrannte man das Laub vom vorigen Jahr.

März und April sind besondere Monate für die ungarische Geschichte. Man denke an 1848 und 1849, als die ungarischen Patrioten den heldenhaften Versuch unternahmen, ihre Heimat von den Habsburgern zu befreien. Man denke an den März 1919, als die revolutionären Arbeiter die Ungarische Räterepublik

ausriefen. Am 4. April 1945 befreiten die Soldaten der Sowjetarmee Ungarn endgültig von den faschistischen Okkupanten. Der 4. April ist nun der Nationalfeiertag des Landes.

In diesem Jahr jährt sich der Frühling der Befreiung zum 35. Male. Ein weiteres prägendes Ereignis ist, daß am 24. März in Budapest der XII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei zusammentritt, mit deren Wirken alle Erfolge des Volkes zusammenhängen.

Zwischen Stadt und Land

Zwischen Esztergom und Budapest, auf einer Strecke von nur 60 km, biegt die Donau, die zuerst in westöstlicher Richtung fließt, scharf südwärts ab und spaltet sich in zwei Arme auf. Zwischen ihnen erstreckt sich die über 30 km lange Insel Szentendre. Am rechten Arm liegen Esztergom, Visegrád und Szentendre, am linken, größeren, die Stadt Vác und mehrere Siedlungen.

Ich war in Budapest eben erst angekommen, als meine ungarischen Freunde mir vorschlugen, die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft „Obuda“ zu besuchen. Wir fuhren über die Hauptverkehrsstraße von Pest, eine Donaubrücke, passierten mehrere Neubauviertel Obudas im altherwürdigen Buda, und eine Viertelstunde später waren wir da.

Im ersten Stock des großen Verwaltungsgebäudes unterhalten wir



Budapest. Auf dem Kossuth-Prospekt

uns mit der Parteisekretärin Margit Lörincz in ihrem bescheidenen Arbeitszimmer.

Wie ich später erfuhr, ist sie seit 30 Jahren in der Partei, hat eine pädagogische und eine polytechnische Hochschule absolviert und jahrelang Parteiarbeit geleistet, darunter in einem großen Industriebetrieb. In „Obuda“, wo sie seit acht Jahren ist, kommen ihr diese Erfahrungen sehr gut zupass.

Dieser LPG ging die 1948 gegründete Landwirtschaftliche Genossenschaft „Vörös Csillag“ voraus. Nach Zusammenlegung von elf kleinen Genossenschaften entstand 1966 „Obuda“, und im Januar 1978 schloß sich ihr die ebenfalls große benachbarte LPG „Dunakanyar“ an. Heute zählt „Obuda“ 7000 Mitglieder, davon 200 Fachkräfte mit Hochschulbildung, und hat eine Nutzfläche von 3000 ha.

Bei Szentendre liegen die Weinberge und die größten Obstgärten der LPG: Pfirsich-, Apfel-, Kirschbäume und rote Johannisbeeren. Die LPG hat eine eigene Kelterei. Trotz ihrer 1600 Stück Rinder sieht die LPG es gern, wenn die Bauern auch selbst Schweine, Kühe, Hühner und Kaninschen halten, hilft ihnen mit Futter aus und kauft ihnen die Erzeugnisse ab. Solche Hilfe wird auch den Kleinproduzenten erwiesen, die nicht der LPG angehören. Ferner hat „Obuda“ eine Geflügelfarm, eine eigene Ladena-Kette und selbst ein Restaurant.

Seit vielen Jahren steht der Genossenschaft Ferenc Varga vor. Auf Initiative dieses ungemein energischen und ideenreichen Mannes übernahm die LPG einige Bau-,

In Szentendre



Industrie- und Reparaturarbeiten; die Gewinne dienen dem Ausbau der Hauptproduktion.

Die LPG erzielt ihre größten Einkünfte gegenwärtig aus der Begrünung der Neubauviertel von Budapest und Nachbarstädten. Die entsprechenden Fachkräfte aus „Obuda“ suchen ihren Meister darin. Sie legen Gärten und Parks an, pflegen den Rasen auf Stadien, die Sträucher und Zierpflanzen, die Obst- und anderen Bäume und legen auch Hecken an. Die LPG hat sogar eine eigene Baumschule.

Ein weiterer ertragreicher Posten für „Obuda“ ist die Verpackung ungarischer Exportwaren, von zerbrechlichen Geräten bis zu kompletten Betriebsausrüstungen. Die Genossenschaft setzt die Technik für Obst- und Gemüsegärten im ganzen Lande instand. Vor mehreren Jahren wurde eine KFZ-Reparaturwerkstatt eröffnet, deren Dienste auch Besitzer der in Ungarn populären sowjetischen Lada- und Moskwitsch-Wagen gern in Anspruch nehmen. Außerdem hat „Obuda“ eine solide bautechnische Basis.

Besonders bekannt ist „Obuda“ als landesgrößter Exporteur von Blumen und Treibhauspflanzen und hat zahlreiche Auszeichnungen vieler internationaler Wettbewerbe und Ausstellungen.

Die riesigen Treibhäuser aus Glas und Aluminium waren ebenfalls eine Idee Ferenc Vargas. Er bestellte in Belgien die notwendigen Einrichtungen, die der Staat subventionierte, und anstelle des Dorfes Pünkösdfürdő entstand Ende der 60er Jahre eine 4,5 ha große Blumenstadt.

Im vorigen Jahr exportierte „Obuda“ Blumen für fast 1,5 Mio Dollar in die westlichen Länder und für mehr als 3,1 Mio Rubel in die sozialistischen, darunter in die UdSSR. Mit der ungarischen Außenhandelsfirma „Monimpex“ und der griechischen Firma „Demetriades“ schuf die LPG auf Zypern den gemeinsamen Betrieb „Monde“. Zwischen Budapest und der Mittelmeerinsel besteht nun eine Art Fließband, das den Blumenzüchtern aus „Obuda“ erlaubt, die Blumensetzlinge zu prächtigen Blumen zu ziehen.

Die LPG liefert ihre Blumen in die Hauptstadt und in andere Städte. Heute bringt das allerdings etwas weniger ein als früher. Seit Anfang d. J. wurden in Ungarn die Produktionspreise für Rohstoffe und Energie beträchtlich heraufgesetzt, und das wirkte sich begreiflicherweise auf die Selbstkosten in den Treibhäusern aus. Man glaubt hier aber, es wäre falsch, die Blumenpreise ebenfalls zu erhöhen, denn alle sollten die Möglichkeit haben, Tulpen und Nelken zu kaufen.

Die Pflanzenzüchter der LPG zeigen mir ihre Treibhäuser; fast dicht daneben standen schon die Hochhäuser eines Neubauviertels. Die zahlreichen Blumengeschäfte und -kioske der ungarischen Hauptstadt bieten immer frische Blumen an.

Stippvisite in Vác

Diese Donau-Stadt mit ihrem eigenen Gepräge ist mehr als 900 Jahre alt. Der alte Marktplatz heißt jetzt 15.-März-Platz nach dem ersten Tag der Revolution von 1848. An einem anderen Platz steht vor der massigen Kathedrale ein Denkmal für die sowjetischen Soldaten und Befreier.

Vác zählt 36 000 Einwohner (gleich nach der Befreiung waren es halb sovjet). Neue schmucke Stadtbezirke mit Schulen, Kindergärten und Krippen. Im Untergeschoß vieler Häuser befinden sich Garagen. Gleich neben dem Hauptplatz gibt es eine moderne Kaufhalle in einer Seitenstraße, die verbreitet wird und an der bereits neue Häuser entstehen.

István Vissnyi, Abteilungsleiter im Stadtkomitee der USAP, sagte mir: „Kommen Sie in zwei oder drei Jahren wieder, da werden wir es richtig schön haben.“

Zwei weitere Sehenswürdigkeiten. Die erste über 200 Jahre alt, ein hoher Triumphbogen, errichtet aus Anlaß des Besuchs des Kaiserpaars. (Man erzählt sich, der Kaiser habe es nicht gewagt, unter dem Bogen durchzufahren, weil er ja zusammenbrechen könnte.) Die zweite Sehenswürdigkeit ist ein helles, großes Gebäude mit einer Kuppel wie auf einem Planetarium. Das ist der Kulturpalast, an dem die ganze Stadt mitgebaut hat und der vor vier Jahren eingeweiht wurde. Margit Kovács schmückte seine Innenräume mit herrlichen Kompositionen aus Keramiken. Heute ist er das Kulturzentrum der Stadt.

István Vissnyi sagte noch: „Nach einem Besuch in unseren Industriebetrieben kann man sich ohne weiteres die industrielle Entwicklung Ungarns ausmalen. Vor der Befreiung hatte die Stadt nur eine kleine Fabrik für Fotochemikalien und ein paar Textilfabriken, heute aber sind hier praktisch alle modernen Industriezweige vertreten, z. B. die landesgrößte Zementfabrik, eine Gießerei, eine Werft, ein Betrieb für Fernmeldetechnik und ein Glühlampenwerk, eine Filiale des bekannten hauptstädtischen Tungsram-Werks.“

Die Stadt hat die gleichen Probleme und Sorgen wie jede andere. Das vordringlichste Problem sind die Wohnungen. In der Stadt wird recht viel gebaut, in jedem Planjahr fünf



In einem Treibhaus der LPG „Obuda“
Fotos des Verfassers

erhalten die Einwohner von Vác 1500—2000 Wohnungen, aber auch die Einwohnerschaft nimmt zu, neue Familien entstehen. Allerdings müssen sie 3—4 Jahre auf eine Wohnung warten.

Die Jugendlichen in Vác und Umgebung brauchen nicht lange nach Arbeit zu suchen, im Gegenteil, die Betriebe der Stadt stellen ständig ein. Im laufenden Planjahr fünf wird die Steigerung der Produktion hier wie im ganzen Lande restlos durch den technischen Fortschritt und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erzielt.

Ein Blick in die Lebensmittelgeschäfte von Vác (und jeder anderen Stadt) zeigt: Die Landwirtschaft Ungarns macht ihre Sache gut. In diesem Planjahr fünf wird sie ihre vorgesehenen Wachstumsraten erreichen. Was die Industrie betrifft, so entwickelt sie sich, wie in den Thesen des ZK der USAP zum XII. Parteitag festgestellt wurde, zwar energisch, aber doch nicht so schnell wie geplant.

Der Generaldirektor der fotochemischen Fabrik „Forte“, László Lenyó, sagte: „Sicher wissen Sie, daß etwa die Hälfte, nach den jüngsten Angaben sogar 55% des Nationaleinkommens unseres Landes aus dem Außenhandel kommen. Wir exportieren viele Waren, aber auch unsere Einfuhr ist nicht gering. Dabei sind die Preise und Absatzbedingungen auf den internationalen Märkten in den letzten Jahren noch ungünstiger als erwartet. Nehmen Sie unser Werk. Wir exportieren 60% unserer Erzeugnisse; unser Fotopapier und unsere Filme sind für viele Länder in Westeuropa, im Nahen und Mittleren Osten, für die UdSSR und die anderen RGW-Länder ein Begriff. Bei der Produktion verwenden wir 22 Tonnen Reinsilber jährlich. Wir haben ja in Ungarn keine Silbergruben und kaufen es auf der Londoner Börse, wo wir immer mehr zahlen müssen. Die Silberpreise sind

in letzter Zeit von 170 Dollar je Kilogramm auf das 8- bis 10fache gestiegen.“

Auch andere Unternehmen sehen sich ähnlichen Problemen gegenüber: Der Import kommt immer teurer, die Konkurrenzfähigkeit erfordert immer größere Anstrengungen, der Export muß rentabler sein. Dazu gibt es nur folgende Wege: Steigerung der Arbeitseffektivität, Verbesserung der Produktionsstruktur und der Erzeugnisqualität, Einsparung von Rohstoffen und Energie. László Lenyó, der den Betrieb „Forte“ — einst eine kleine Klitsche heute ein solides Unternehmen — seit fast einem Vierteljahrhundert leitet und ein Meister seines Fachs ist, versteht das genau so gut wie der Parteisekretär Károly Fazakas, Absolvent der Leningrader Hochschule für Ingenieure der Filmindustrie, und die Leiter der anderen Betriebe in Vác.

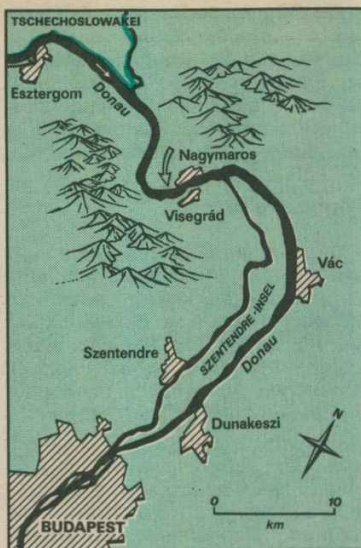
Wasserbaukomplex für Nachbarn

Die Festung von Visegrád klebt ganz hoch oben am Berg. Aus welcher Richtung man sich auch nähert, sieht man die düstere, beinahe wie ein Horst wirkende Festung schon von weitem.

Heute ist Visegrád ein kleines Bad. Die Stadt ist ebenfalls sehr alt, die erste Festung entstand Mitte des 13. Jahrhunderts nach dem tatarischen Einfall. Der später errichtete Luxuspalast am Fuße des Festungsberges war im 15. Jahrhundert die Residenz König Matthias Corvinus'. Nach seinem Tod verlor Visegrád immer mehr von seinem Glanz, und als diese Lande Mitte des 16. Jahrhunderts für 140 Jahre unter das Türkenjoch kamen, war es mit der Stadt vorbei. Alles in allem kein seltener Fall, hier an den Ufern der alten Donau, wo an den Festungs- und Stadtmauern viel Blut vergossen wurde, denn immer wieder fielen Erobererhorden ein.

Als ich das erste Mal, von Szentendre kommend, nach Visegrád fuhr, bedeckte sich der Himmel mit einmahl, Schneeregen fiel, und ich mußte meinen Besuch aufgeben: Bei diesem Unwetter war die Serpentine nach Visegrád unbefahrbar, es hätte auch keinen Sinn gehabt, von den 400 m Höhe auf ein Donautal zu sehen, das wie die umliegenden Berge in dichtem Nebel lag.

Eine schöne Landschaft ist zwar was Schönes, ich aber war auch auf etwas anderes aus. In den nächsten Jahren soll in dieser Gegend der Wasserbaukomplex Nagymaros ent-



stehen, Bestandteil eines einheitlichen Systems, das Ungarn und die CSSR an ihrer gemeinsamen Grenze gemeinsam errichten. László Nagy, ein verantwortlicher Mitarbeiter der Staatlichen Verwaltung für Wasserwirtschaft, berichtete mir in Budapest ausführlich über dieses Großobjekt.

Natürlich wußte ich auch früher, was die Donau, die Theiß und die anderen Flüsse Ungarns für dieses Land bedeuten. Trotzdem war ich verwundert, zu erfahren, daß Ungarn zum Schutz vor Überschwemmungen Dämme in einer Gesamtlänge von 4200 km gebaut hat. Das ist sogar mehr als in den Niederlanden, die seit eh und je das Meer bezwingen müssen. Überschwemmungen und Niedrigwasser sind die größten der zahlreichen Sorgen der Verwaltung, die insgesamt 100 000 Mitarbeiter hat.

Wie wird die künftige Wasseranlage aussehen, und welchen Vorteil wird sie den beiden Ländern bringen?

An der tschechoslowakischen Seite sollen bei Gabčíkovo ein Wasserkraftwerk und eine Schiffsschleuse entstehen. Donauaufwärts, bei Dunakiliti, entsteht ein Damm, und bis Bratislava wird sich ein Stausee ausbreiten. Ein Kanal wird davon abzweigen und Wasser für das Kraftwerk Gabčíkovo bringen. Diese 25 km lange künstliche Wasserstraße werden Schiffe befahren, aber auch das alte Donau-Bett wird frisches Wasser bekommen, und während der Überschwemmungen auch die Wasserüberschüsse aufnehmen. Der Wasserbaukomplex Nagymaros setzt sich also aus einem Staudamm, einem Kraftwerk und zwei Schiffsschleusen zusammen.

Darüber wird eine Autobridge führen.

Das Wasserbausystem Gabčíkovo-Nagymaros soll günstigere Bedingungen für die Schifffahrt auf dem 220 km langen Stromabschnitt von Bratislava bis Budapest sichern. Das ist für alle Donau-Anlieger wichtig, doch nicht nur für sie. Mit der Inbetriebnahme des Rhein-Main-Donau-Kanals und dem Einschalten der Donau in das gesamteuropäische Wasserstraßennetz (ein Donau-Oder-Kanal ist durchaus real) wird die verkehrsmäßige Bedeutung des Stroms zweifellos noch mehr zunehmen.

Die Regelung der Donau an diesem Abschnitt wird auch zuverlässiger vor den Überschwemmungen schützen. Die Kraftwerke (Kapazität in Gabčíkovo: 700 MW, in Nagymaros: 160 MW) werden der Volkswirtschaft Ungarns und der Tschechoslowakei 3,6 Md. kWh im Jahr liefern. Diese Energie wird zwischen beiden Ländern ebenso wie die Ausgaben für den Bau des gesamten Komplexes zu gleichen Teilen aufgeschlüsselt. Das ist in einem Regierungsabkommen zwischen der UVR und der CSSR vorgesehen.

Die Bauarbeiten haben schon begonnen, ihr Abschluß ist für 1991 geplant. Die erste Turbine in Gabčíkovo wird den Strom laut Plan 1986, die in Nagymaros 1989 liefern. Nach der Inbetriebnahme beider Kraftwerke wird Ungarn seine Energiebilanz beträchtlich verbessern, denn sein künftiger Anteil von 1,8 Md. kWh im Jahr sind 8% des heutigen Strombedarfs des Landes.

Der Wasserbaukomplex an der Donau ist eine der größten Baustellen Ungarns in den kommenden zehn Jahren. Ca. 40% aller Arbeiten werden im sechsten Planjahr (1981-1985) ausgeführt werden. Wir haben noch mehr vor, erzählt mir László Nagy: „Zwei weitere Wasserbaukomplexe an der Donau, und zwar beim Dorf Adony in der Nähe von Budapest und beim Dorf Tajs in der Nähe von Paks, wo gegenwärtig mit sowjetischem Beistand ein Kernkraftwerk entsteht. Die beiden Wasserkraftwerke werden über 1,4 Md. kWh Strom im Jahr liefern. Aber das kommt erst Mitte der 90er Jahre.“

Vom Turm der Festung Visegrád bewundere ich die sanften Bergänge, den klaren Frühlingshimmel, die majestätische Donau. Ich versuche, mir vorzustellen, wie dieses Panorama in zehn Jahren aussehen wird, und denke an das interessante, ausgefüllte, pulsierende Leben beiderseits des Stroms.

Budapest—Moskau

DIE JAHRHUNDERTLÜGE

Gerhard Kades Buch „Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der ‚Gefahr aus dem Osten‘“ (Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1979) ist im direktesten Sinne des Wortes gegenwartsbezogen. Der Autor, Professor an der TH Darmstadt, ist in der BRD und im Ausland als Vizepräsident des Internationalen Instituts für den Frieden in Wien bekannt. Zu den Motiven, die ihn dieses Buch schreiben ließen, sagte er, daß die „sowjetische Bedrohung“ als die größte Lüge unserer Zeit — die Jahrhundertlüge — zu bezeichnen ist.

Wie Prof. Dr. Kade zeigt, geht es nicht um eine vorübergehende Propagandakampagne, sondern um eine politisch-ideologische Hauptkonzeption des Imperialismus. Besonders gefährlich ist sie, weil sie als Rechtfertigung für die Politik des Wettrüstens und die Vorbereitung einer Aggression gegen die sozialistische Welt dient.

Das Lügenmärchen von der „Gefahr aus dem Osten“ wurde, weist der Autor nach, beinahe am Tage nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution der Völker Rußlands in Umlauf gebracht. Noch rang die Sowjetmacht um ihre Existenz, wozu sie die Angriffe der Reaktion zurückschlagen und Hunger und Zerrüttung überwinden mußte, und schon wurde sie als Gefahrenquelle für die ganze Welt hingestellt. Prof. Kade zitiert u. a. ein Telegramm des britischen Abgesandten in Moskau an die Regierung Großbritanniens vom 6. September 1918, worin es hieß: „Wenn nicht unverzüglich dem Bolschewismus in Rußland ein Ende bereitet wird, ist die Zivilisation der ganzen Welt bedroht.“ So griffen alle antidemokratischen Kräfte in den Ländern des Westens die verlogene These von der „bolschewistischen“, „sowjetischen“ Gefahr gleich in den ersten Jahren der Revolution auf. Prof. Kade schreibt: „Sie diente zur ideologischen Rechtfertigung der imperialistischen Intervention gegen das junge Sowjetrußland. Sie hatte eine Rolle zu spielen bei der ideologischen Vorbereitung des zweiten Weltkrieges durch den deutschen Faschismus. Sie war ideologische Basis des kalten Krieges. Sie ist heute Bestandteil der Hochrüstungspolitik und der ideologischen Kriegführung des Imperialismus.“

Das Buch enthält reichhaltige Doku-

mentationen. Besonders interessant sind die Kapitel über die Nachkriegszeit. „Die historisch zweite Phase des kalten Krieges“, lesen wir in dem Buch, „begann schon 1946 und brachte ein ganzes Arsenal der psychologischen Kriegführung hervor.“ Die „sowjetische Gefahr“ ist ein ständiges, ja beinahe das wichtigste Mittel dazu, die Öffentlichkeit irrezuführen und in den westlichen Ländern Pessimismus und Resignation gegenüber der angeblich schicksalhaften Unvermeidlichkeit des Krieges zu verbreiten. Nicht nur die Massen werden propagandistisch bearbeitet. Das Thema „Gefahr aus dem Osten“ kommt in Parlamentsdebatten immer wieder aufs Tapet, beeinflußt die Abstimmung über Militärkredite und bremst die Wiener Truppenabbaugespräche. Soll eine neue Runde des Wettrüstens eingeleitet werden, muß, wie der Autor schreibt, das Märchen von der sowjetischen Überlegenheit her-

Der Autor widerlegt die Lügen von der sowjetischen Bedrohung durch zahlreiche unumstößliche Fakten. Höchst berechtigt ist folgendes Zeugnis des Bulletins „NATO-Brief“ von Ende 1977: „Die Sowjetunion hat nie die Absicht gehabt — und hat sie wahrscheinlich auch heute nicht —, einen nuklearen Angriffskrieg zu führen. Ja, die Sowjetunion hat überhaupt nicht die Absicht, einen Krieg zu führen.“

Diese für eine NATO-Ausgabe nun doch erstaunlichen Worte, in denen die Friedensliebe der Sowjetunion anerkannt wird, sind nichtsdestoweniger keine Ausnahme. In dem Buch findet man noch mehr Bestätigungen dessen, daß selbst die eifrigsten Propagandisten der „sowjetischen Bedrohung“ diese nicht ernst nehmen. Prof. Kade zitiert mehrere USA-Politiker, die jede Aggressivität der UdSSR abstreiten. Selbst der ehemalige USA-Verteidigungsminister James Forrestal, einer der lautesten Ausscheider der „sowjetischen Bedrohung“, schrieb 1946 in seinem Tagebuch, er glaube nicht, daß „die Russen sich ... irgendwann in Bewegung setzen“.

John Foster Dulles, der gehässige Gegner alles Sowjetischen, der lange Jahre Außenminister der USA war, sagte in seinem Kreis, daß „die sowjetische Regierung unter den ge-

genwärtig herrschenden Bedingungen nicht beabsichtigt, den Krieg als Instrument in ihrer nationalen Politik anzuwenden. Ich kenne keinen Militär oder Zivilbeamten in dieser oder irgendeiner Regierung, der davon überzeugt wäre, daß die sowjetische Regierung sich zur Zeit mit Eroberungsabsichten in Form einer militärischen Aggression trägt.“ Ähnlich äußerte sich Fred Neal, ehemaliger Berater des Staatsdepartements für „Probleme Rußlands und Osteuropas“: „Die Grundlage unserer Politik gegenüber der Sowjetunion ist die These von der ständigen, drohenden Gefahr der sowjetischen Aggression. In Wirklichkeit besteht eine solche Gefahr nicht.“

Liest man so etwas heute, so bedauert man, daß sich gewisse USA-Politiker zu einem politisch klaren Denken durchringen, erst nachdem sie ihre Posten verlassen haben.

Prof. Kade analysiert ausführlich Ereignisse der neuesten Geschichte und zeigt: Die militärische Bedrohung, die so hartnäckig der UdSSR in die Schuhe geschoben wird, geht in Wirklichkeit „einzig und allein von reaktionären profitinteressierten, an Machtsicherung orientierten Kräften aus“. Seit dem Dekret über den Frieden ist das erste sozialistische Land auch das Land der bedeutendsten Friedensinitiativen. Es ist nicht die Schuld der UdSSR, daß die imperialistischen Länder diese Initiativen immer wieder ablehnen bzw. mit neuen Runden im Wettrennen beantworten. „Und immer stand die Bedrohungslüge dabei Pate“, betont der Autor.

Des weiteren lesen wir in seinem Buch: „Wer die gut 60 Jahre Existenz der Sowjetunion unter der Fragestellung Krieg oder Frieden prüft, der kommt zu diesem Ergebnis: Die Sowjetunion hat kein anderes Land und kein anderes Volk überfallen. Aber — sie ist wiederholt überfallen worden! Die sechs Jahrzehnte sind eine Geschichte vom Kampf gegen die Aggression, gegen imperialistische Überfälle, gegen die letztlich vom Profitstreben ausgehende militärische Bedrohung der Völker.“

Die Staaten dagegen, deren Führer so besorgt über die nichtexistente sowjetische Gefahr tun, greifen zur Politik von Diktat und militärischem Druck. Laut Angaben, die in dem Buch angeführt werden, drohten die USA in den letzten drei Jahrzehnten anderen Staaten in 215 Fällen mit dem Einsatz ihrer militärischen Macht oder wandten sie an; 33mal drohten sie den Kernwaffeneinsatz an, davon zweimal gegenüber der UdSSR; in 121 Fällen verübten die imperialistischen Kräfte Aggressionen gegen andere Völker und Länder.

Gerhard Kade betrachtet die Legende von der „sowjetischen Bedrohung“ unter allen Aspekten und widerlegt wohlargumentiert die Erfindungen der

Entspannungsgegner. Die Kriegsdrohungen, das Rasseln mit den Waffen widersprechen, wie er nachweist, dem sozialökonomischen und politischen Wesen des Sozialismus: „Zur Gewährleistung, ja zur Voraussetzung der über Jahrzehnte reichenden friedlichen Pläne bedarf es ganz gewiß keiner Kriegsbrände... Deshalb setzen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten alles daran, den Rüstungswettlauf zu stoppen, einen neuen Weltkrieg zu verhindern und einen dauerhaften Frieden auf der sicheren Grundlage der friedlichen Koexistenz zu gewährleisten.“ An einer anderen Stelle betont er: „In den Ländern des Kapitals gibt es weder solche langfristigen Programme noch Ansätze, die in solche Richtungen führen.“

In den USA und anderen westlichen Ländern gibt nämlich der Militär-Industrie-Komplex den Ton an, er ist an der Fortsetzung des Rüstungswettlaufs und der Abenteuerpolitik interessiert, denn beides bringt ihm schwindelerregende Profite. Dazu Prof. Kade: „Eine Senatskommission des US-Kongresses errechnete, daß 164 von 169 Gesellschaften der Rüstungsindustrie Profite von 50 bis 200% erzielten, drei Gesellschaften von über 500% und eine von mehr als 2000%.“ Kein Wunder, daß die Rüstungsindustriellen und Financiers am lautesten von einer „Bedrohung aus dem Osten“ und von der Notwendigkeit eines ständigen „Nachrüstens“ des Westens reden. Ihnen winken dabei neue Superprofite. Zudem berauscht die Vision der militärischen Überlegenheit die Leute, die die Zeiten der uneingeschränkten Herrschaft des Imperialismus in der Welt wiedererleben möchten.

Prof. Kade stellt fest: „Real und rational gibt es weder in der Theorie noch in der praktischen Politik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten einen Grund, ganz zu schweigen von einem Nachweis für Aggressionen. Die Lüge von der ‚Bedrohung‘ geht heute vom Militär-Industrie-Komplex aus, wird von ihm organisiert, vergiftet die Atmosphäre der internationalen Beziehungen, kompliziert die Lösung der Schlüsselfragen der Weltpolitik. Aktuell werden durch diese Lügen Abkommen über die Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen erschwert und behindert.“

* * *

Prof. Kades Buch erschien in einer Zeit, da sich die Weltlage leider merklich kompliziert hat. Auch diesmal stimmen das Pentagon und seine nächsten NATO-Partner das abgeleierte Lied von der „sowjetischen Bedrohung“ an. Um so aktueller ist diese Publikation des BRD-Wissenschaftlers, die die Finessen der imperialistischen Propaganda aufdeckt.

T. JEMELJANOW

NACH DEM „WIRTSCHAFTSWUNDER“

Juri STOLJAROW

Auf Japans Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft hatten die 70er Jahre eine zwiespältige Wirkung. Sein Anteil an der industriellen Produktion, am Außenhandel und an den direkten Auslandsinvestitionen der kapitalistischen Welt ist größer geworden; ebenso sein wissenschaftliches und technisches Potential, und seine Währungs- und Finanzpositionen haben sich gefestigt. Das alles hat den Einfluß Japans im kapitalistischen Weltsystem gemehrt.

Zugleich aber sind die Widersprüche und die Labilität der Wirtschaft wie noch nie auf die Spitze getrieben worden. Zu Anfang der 70er Jahre nahm das fast 20jährige „japanische Wirtschaftswunder“, das sich in einem im Kapitalismus beispieslosen wirtschaftlichen Entwicklungstempo geäußert hatte, ein Ende. Da trat zutage, daß es nicht von einer besonderen, japanischen Art wirtschaftlicher Entwicklung hergerührt hatte, sondern vom Zusammentreffen einiger günstiger, aber vorübergehender Faktoren wie dem Überfluß an billigen Arbeitskräften, der hohen Akkumulations- und Erneuerungsrate des Betriebskapitals im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution und der günstigen Konjunktur auf den Außenmärkten.

Das Ende des „Wirtschaftswunders“ kündigte sich im Nachlassen des Wirtschaftswachses — von 10% in den 60ern auf 3–4 in den 70ern — an. Japan wurde von der Wirtschaftslaute von 1970 und 1971 und von der tiefsten Nachkriegskrise der Jahre 1974 und 1975 heimgesucht; ferner von schweren Strukturkrisen: einer energetischen, einer Währungs- und Finanz- sowie einer ökologischen Krise. Und schließlich ist kurz vor Beginn der 80er Jahre die „zweite Energiekrise“ über das Land hereingebrochen und schlittert es allmählich in neue wirtschaftliche Mißstände hinein.

Ein neues Pearl Harbor!

Mit den 70er Jahren verging auch die relativ konfliktfreie Entwick-

lung der außenwirtschaftlichen Beziehungen Japans, das von seinen Handelskonkurrenten bis dahin als am Rande Asiens gelegen abgetan worden war. Das Jahrzehnt begann mit seinem „Textilkrieg“ gegen die USA und endete mit ernststen Gegensätzen der beiden Staaten wegen des Erdöls. Alle anderen Gegensätze, Konflikte und Handelskriege mit Konkurrenten kann man wohl gar nicht aufzählen. Tokio kollidierte andauernd mit anderen führenden kapitalistischen Staaten wegen des Exports von Stahl, Farbfernsehern, Kraftwagen, elektrischen Haushaltsgeräten und sonstigen Waren, mit denen Japan die Außenmärkte überschwemmte.

Auf wirtschaftlichen und politischen Konferenzen der kapitalistischen Länder wie auch bei multi- und bilateralen Handelsgesprächen war Japan der Sündenbock. Die Konkurrenten suchten seine Wirtschaftsexpansion mit beliebigen Mitteln zum Stehen zu bringen, von Überredungskünsten bis zur Aufnötigung „freiwilliger“ Beschränkungen. Wenn die Handelsleidenschaften besonders heiß tobten, dann wimmelte es in der westlichen Presse von Ausdrücken wie „der japanische Superstaat“, „Wirtschaftsaggressor“ und „ökonomisches Pearl Harbor“. Die Gegenmaßnahmen der Konkurrenz wirkten kaum auf die aggressive außenwirtschaftliche Politik Tokios. Gestützt auf die technischen und wirtschaftlichen Vorteile, untermauerten die japanischen Monopole ihre Stellungen im kapitalistischen Welthandel und nahmen in ihm unwiderruflich den dritten Platz hinter den USA und der BRD ein.

Japans Anteil am kapitalistischen Handel wuchs zwischen 1970 und 1978 von 6,9 auf 8,3% an, bei einzelnen Waren noch mehr: Im Export von Rundfunk-, Fernseh- und Tonbandgeräten auf ca. 40%, bei Schiffen auf etwa 30, bei Stahlrohren und Walzgut auf 27, bei Kraftwagen auf 20% usw. Japan fing an, aktiv auf die Dynamik und Struk-

tur der Warenströme auf dem Weltmarkt einzuwirken, ferner auf die internationale wissenschaftliche und technische Arbeitsteilung sowie auf die Konjunktur und den Beschäftigungsgrad in einzelnen Industrien anderer kapitalistischer Staaten.

Eine merklich stärkere ungünstige Wirkung übte aber zugleich die unbeständige Konjunktur des kapitalistischen Weltmarktes auf die Wirtschaft Japans aus. Vor allem gilt das für die Belieferung mit Erdöl, deren Beständigkeit in den 70er Jahren für Japan am schwierigsten aufrechtzuerhalten war. Es deckt seinen Ölbedarf fast zu 100% durch Import und gewinnt den größten Teil seines Stroms aus Öl. Das Ölproblem besteht für dieses Land nicht so sehr in den hohen Ölpreisen wie darin, wo und wie es die notwendigen Mengen beziehen soll, weil ein immer größerer Teil des auf den Weltmarkt gelangenden Öls

nach den USA geht, die es vorziehen, an den eigenen Vorkommen zu sparen.

Eine andere Ursache der Schwierigkeiten Japans mit dem Erdöl ist, daß etwa zwei Drittel seines Ölimports von US-Konzernen abhängen und daß diese im eigennützigen Interesse die Lieferungen wiederholt eingeschränkt haben. Die japanischen Firmen mußten deshalb mehr Öl direkt in den Ölländern zu überhöhten Preisen ankaufen, nur um weniger von den US-Konzernen abzuhängen. Deren Unmut über dieses unabhängige Verhalten führte Ende 1979 zu einem massiven Druck Washingtons auf Tokio. Dieses wurde in ultimativem Ton aufgefordert, den Ankauf iranischen Öls einzustellen. Der Vorfall zeigte nochmals, wie ruinös die Abhängigkeit einer Schlüsselbranche wie der Energiewirtschaft von der Wirtschaftspolitik der USA und wie notwendig es

für Japan ist, den wechselseitig vorteilhaften Handel mit allen Staaten auszubauen.

Eine Invasion

Neu für die außenwirtschaftlichen Verbindungen Japans war in den 70er Jahren das rapide Anwachsen des Anteils der einheimischen Monopole am Export von Privatkapital. Aus einem Land, das in den 60er Jahren seine ersten Schritte beim Einbruch in die Wirtschaft anderer Staaten tat, hatte sich Japan bis Ende der 70er Jahre in einen führenden Investor der kapitalistischen Welt verwandelt. Zwischen 1970 und 1978 stiegen die Direktinvestitionen der japanischen Monopole im Ausland von 3,6 auf 26,8 Md. Dollar. In dieser Hinsicht sind Japan nur noch die USA und England überlegen, aber die japanischen Investoren ge-

BILLIONEN FÜR „VERTEIDIGUNG“

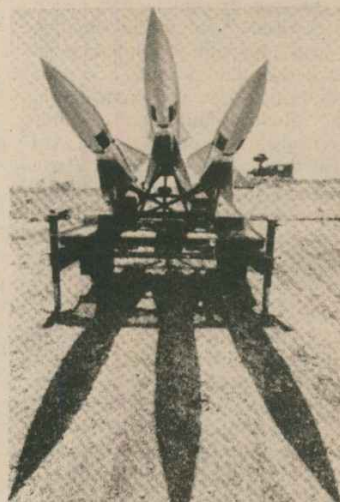
Als im japanischen Parlament Anfang März der Haushalt für das Finanzjahr 1980/81 erörtert wurde, entbrannte eine Diskussion um die Militärausgaben. Auf den ersten Blick konnte scheinen, in der Regierung gäbe es beträchtliche Differenzen. Verteidigungsminister Hosoda wollte nachweisen, für die „Verteidigung“ würden viel zu wenig Mittel bereitgestellt, und brachte seine „aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck“, daß man die Mittel noch erhöhen würde. Das Finanzministerium verwies auf die Konjunktur und erklärte, vorläufig lasse sich für die Armee nichts mehr abzwacken. Außenminister Okita nahm eine ausweichende Haltung ein, schien aber doch eher zum zweiten Standpunkt zu neigen. Die Presse und die Parlamentarier erwogen, welchen Anteil des Nationalreichtums das Land für die militärischen Zwecke verausgabt. Es stellte sich folgendes heraus. Nach dem in den NATO-Ländern angenommenen Berechnungssystem machen die Militärausgaben nicht 0,9% des Brutto sozialproduktes aus, wie die Militärs behaupten, sondern 1,5%.

Bald wurde die Position der Regierung klarer. Kurz vor seiner USA-Reise erklärte der Außenminister im Namen der Regierung, es sei wünschenswert, daß Japan seine Militärausgaben möglichst bald steigere. Die Forderungen der militärischen Kreise wurden somit akzeptiert.

In den letzten Monaten setzen die USA Japan unter beispiellosen Druck und verlangen eine starke Erhöhung

des Militärbudgets von ihm. Richard Sneider, der lange Jahre hindurch auf leitenden Posten in den USA-Botschaften in Seoul und Tokio stand, schrieb vor kurzem in der „Wall Street Journal“, in Washington werde gegenwärtig eine Kampagne aufgezogen, um die Japaner zu größeren Rüstungsausgaben zu zwingen. Zu den traditionellen Aufrufen, den japanischen Beitrag zur „Verteidigung“ des Fernen Ostens und des Pazifik zu vergrößern, kommt jetzt, setzt Sneider fort, „das Versprechen, die Verteidigungsausgaben merklich zu erhöhen, um die Interessen der USA im Persischen Golf zu schützen“. Folglich beabsichtigt die Administration in Washington, Japan in die aggressiven Vorbereitungen in den erdölreichen Regionen einzubeziehen. Es sieht so aus, als würde man in Tokio den überseeischen Forderungen gern entgegenkommen, denn die herrschenden Kreise Japans haben die gleichen Ambitionen.

Seit langem wird den Japanern eingeredet: Die militärische Stärke Japans stehe im Mißverhältnis zu seinem wirtschaftlichen Gewicht. Dabei besitzt das Land jetzt eine der kampffähigsten Armeen Asiens (260 000 Mann). Das ist eine Berufsarmee, sie hat modernste Waffen, hauptsächlich japanischer Produktion. Die militärischen Haushaltsposten nehmen unablässig zu. In den letzten fünf Jahren haben sich die „Verteidigungs“ausgaben verdoppelt und betrugen im vorigen Jahr 2,1 Billionen Yen (ca. 9,5 Md. Dollar).



Raketenanlage der „Selbstverteidigungskräfte“

Aus: „Economist“ (London)

Für das bevorstehende Finanzjahr ist ein weiterer Zuwachs von 11,2% geplant.

In Tokio wird das als unzureichend angesehen. Die japanischen Konzerne, die die modernen Rüstungen, von Gewehren bis Raketen, gemästert haben, denken an die fetten Rüstungsaufträge und eventuell an Rüstungsexport. Liegt das im wahren Interesse Japans? Wohl kaum. Meinungsumfragen zeigen: Inflation, hemmungslose Teuerung, Arbeitslosigkeit und die anderen Wirtschaftsschwierigkeiten beschäftigen die Japaner — und nicht die Präentionen der Militaristen.

N. LOSSINSKI

denken, sie schon in den nächsten Jahren zu überflügeln.

Über 3000 japanische Gesellschaften haben Niederlassungen im Ausland eröffnet. Sie benutzen ausgiebig die Rohstoff- und Arbeitskräfteressourcen anderer Länder und leiten eine Spezialisierung sowie eine Kooperierung der Produktion mit ausländischen Partnern in die Wege. Eine Reihe japanischer Unternehmen kommt mit dem Umfang ihrer Auslandstransaktionen den führenden Konzernen der USA und Westeuropas nahe und entwickelt sich zu ausgesprochenen Multis. Bei den wachsenden Absatzschwierigkeiten auf dem Binnen- und auf Außenmärkten hilft der transnationale Handel den japanischen Monopolen die Handelsschranken für ihre Waren niederlegen, der westlichen Konkurrenz zu Leibe rücken und die noch nicht erstarkten Industrien der Entwicklungsländer drosseln.

Dieser Expansionismus hat in der dritten Welt derartige Unwillensausbrüche verursacht, daß sich manche Regierungen sogar genötigt sahen, die japanischen Betriebe zu verstaatlichen. Die Völker der jungen Staaten sehen im japanischen Kapital einen Schuldigen an der Plünderung ihrer Rohstoff- und Arbeitskräfteressourcen und am Fortbestehen ihrer wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit.

Struktureller Umbau

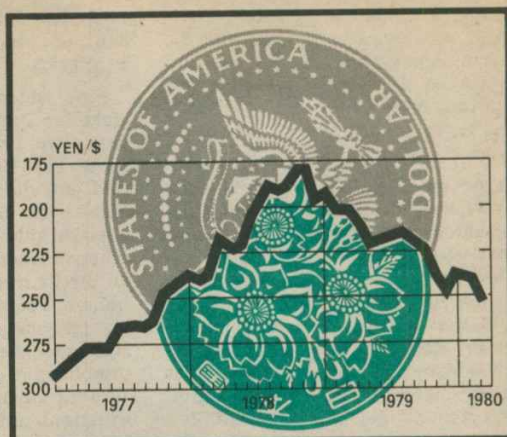
Wichtige Veränderungen sind in den 70er Jahren in der Entwicklung des wissenschaftlichen und technischen Potentials Japans eingetreten. Ende der 70er Jahre rückte es mit seinen Aufwendungen für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in der kapitalistischen Welt hinter den USA an den zweiten Platz auf. Dieser Sprung hat Japans Konkurrenzfähigkeit in der kapitalistischen Weltwirtschaft konsolidiert und seine wissenschaftliche und technische Abhängigkeit von den ausländischen Rivalen wesentlich gelockert. Kein Wunder, daß sie ihm jetzt höchst ungern Patente und Lizenzen auf Know-how verkaufen.

Die Verschärfung der wissenschaftlichen und technischen Rivalität hat japanische Firmen veranlaßt, selbst mehr Patente im Ausland anzumelden und sich das Monopol auf Erfindungen zu sichern. Gleichzeitig suchen die japanischen Industriellen ebenso eifrig wie zur Zeit des „Wirtschaftswunders“ nach Neuheiten der Wissenschaft und Technik (auf Japan entfallen jetzt etwa 10% aller Lizenzankäufe auf dem Weltmarkt) und bürgern sie manchmal schneller als die Konkurrenz in der Produktion ein.

Deshalb kann man sagen, daß Japan im Grunde genommen aufhört, wissenschaftlich und technisch ein Epigone anderer Länder zu sein. Die Aufstockung seines eigenen wissenschaftlichen und technischen Potentials und die eingeleitete Umstrukturierung der Wirtschaft mit einer vorrangigen Entwicklung der wissenschaftsaufwendigen Branchen können in den nächsten Jahren in der kapitalistischen Welt ein japanisches wissenschaftliches und technisches Kraftzentrum entstehen lassen, das sich der „technischen Führung“ der USA entgegenstellen wird.

Aufstieg des Yen

Im vorigen Jahrzehnt machten Tokio die eigenen und die globalen Währungs- und Finanzprobleme viel zu schaffen: der Zerfall des Währungssystems von Bretton Woods, die Entwertung des Dollars, die „Überfälle“ des Spekulationskapitals auf den Yen, die zweimal zu seiner Aufwertung führten. Immer deutlicher zeigte es sich, daß die japanischen Monopole eine wertbeständige internationale Währung brauchten, um ihre außenwirtschaftlichen Verbindungen ausdehnen zu können. Der US-Dollar sagt ihnen dafür immer weniger zu, weil seine Verwendung bei internationalen Verrechnungen Japan seit Anfang der 70er Jahre nur geschädigt hat. Deshalb ist Tokio seit 1976 darauf orientiert, Auslandsgeschäfte immer weniger in Dollars und immer mehr in Yen zu tätigen und diesen weitgehend im internationalen Zahlungsverkehr einzubürgern. Zu diesem Zweck führten die japanischen Banken in den 70er Jahren auf den internationalen Kapitalmärkten eine Großoffensive durch. Sie spannten im Ausland ein Netz ihrer Filialen und Niederlassungen aus und streckten ihre Fangarme so gut wie nach allen Geldzentren der kapitalistischen Welt aus. Mit seinen Transaktionen und seinem dichten Bankennetz im Ausland steht Marunouchi, das Geschäftsviertel Tokios, nur hinter der Wall Street und der Londoner City zurück. Gegen Ende der 70er Jahre hatte sich Tokio zu einem internationalen Finanzzentrum entwickelt, wo selbst Regierungen und internationale Kreditanstalten ihre Anleihen in Yen unterbringen.



Der Yenkurs: Das Auf und Ab

Der Yen wird im Außenhandel Japans und bei internationalen Handelsverrechnungen anderer Länder schon mehr als Zahlungsmittel verwendet. Nicht von ungefähr nennt die westliche Presse Japan öfter das Land des aufgehenden Yens und spielt darauf an, daß in Asien eventuell eine neue Valutagruppierung unter Ägide des Yen entstehen kann.

Aber trotz des höheren Prestiges, die der Yen genießt, hat Tokio sein wichtigstes Währungsproblem noch nicht lösen, d. h. den Yenkurs nicht stabilisieren und die nachteiligen Folgen seines jähen Steigens und Sinkens für die Konjunktur, für die Preise auf dem Binnenmarkt und für die Konkurrenzfähigkeit der Waren nicht beheben können.

Die schwierigere Lage der Wirtschaft Japans in der kapitalistischen Weltwirtschaft hat die staatsmonopolistischen Kreise genötigt, nach neuen Richtungen für die außenwirtschaftliche Expansion zu suchen.

Regional und global

Im Jahre 1977 stellte Tokio ein vielversprechendes Programm für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens, besonders den zur ASEAN gehörenden (Indonesien, Philippinen, Thailand, Malaysia, Singapur), auf. Es wird die Fukuda-Doktrin genannt. Ihr zufolge soll die „staatliche Entwicklungshilfe“ bis 1981 auf 1,6 Mrd. Dollar erhöht und sollen für den Bau von fünf Industrieobjekten in den ASEAN-Ländern Kredite in Höhe von 1 Mrd. Dollar eingeräumt werden.

Die Fukuda-Doktrin hat erneut bestätigt, daß die herrschenden Kreise Japans Südostasien genau wie vor dem zweiten Weltkrieg als großen Absatzmarkt und als Roh-

stoffquelle ansehen. Die an Natur-schätzen reichen Länder Südostasiens gewinnen für die Konzerne Japans angesichts der Energie- und Rohstoffkrise ganz besondere Bedeutung. Das jähe Anziehen der Grundstückspreise, das Teurerwerden der Arbeitskräfte und das immer akutere Problem der Umweltverschmutzung in Japan veranlassen die Monopole, Kapital nach Südostasien auszuführen, um die ökologisch schädlichen und arbeitsaufwendigen Betriebe dorthin zu verlegen. Auch strategisch ist ihnen diese Region wichtig. Durch sie führen die wichtigsten Seewege für die Belieferung Japans mit Öl und anderen Rohstoffen.

Zusätzlich zur Fukuda-Doktrin hat die jetzige Regierung Ohira 1979 einen globalen Plan für eine „Pazifikgemeinschaft“ gefaßt, der außer Japan und den ASEAN-Ländern auch die USA, Kanada, Australien und Neuseeland angehören sollen.

Konkrete Schritte Tokios wie die Festigung der militärischen Zusammenarbeit mit den USA und die Marinemanöver „Pazifikring“ von 1980 gemeinsam mit den USA, mit Kanada, Australien und Neuseeland zeugen davon, daß sich die „Pazifikgemeinschaft“ keineswegs auf einen geschäftlichen und kulturellen Austausch beschränken wird. Japan wird in die globale Umgruppierung der Kräfte einbezogen, die Washington vornimmt, um in Südostasien seine hegemonistische Politik betreiben zu können.

Davon, ob die herrschenden Kreise in Tokio imstande sein werden, diese gefährliche Entwicklung aufzuhalten, wird die Situation in dieser großen Region weitgehend abhängen. Deren Völkern ist es nicht gleichgültig, ob die „Pazifikgemeinschaft“ zur wirklichen Zusammenarbeit aller am Pazifik liegenden Länder beitragen, oder ob da noch ein gegen andere Staaten gerichteter militärisch-politischer Block entstehen wird.

Infolge seiner schwierigen Lage in der Welt von heute und wegen seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Weltmarktkonjunktur ist Japan objektiv an einer steten Entwicklung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und an einem Ausbau der geschäftlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung, interessiert. Von einer nüchternen Beurteilung dieser objektiven wirtschaftlichen Erfordernisse wird es abhängen, ob es den herrschenden Kreisen Japans gelingen wird, außenpolitische Fehler zu vermeiden, die seinen nationalen Interessen Abbruch tun könnten.

BRD

DIE TRAGÖDIE AM BULLENHUSER DAMM

Von unserem ständigen Berichterstatter

Karen KARAGESIAN

„Hier Schwarberg. Könnten Sie mir nicht bei der Suche helfen?“

Der Anruf beim Bonner Büro der „Neuen Zeit“ kam nicht unerwartet. Ich wußte bereits, daß der Hamburger Journalist Günther Schwarberg von „Stern“ um die Mithilfe sowjetischer Kollegen bei der Suche von Zeugen der Tragödie gebeten hatte, die sich im Keller einer Hamburger Schule im Frühjahr 1945 abgespielt hatte.

Schwarberg sucht die Sowjetbürger, die das Blutbad am 20. April 1945, in der Schule am Bullenhuser Damm überlebt haben. In der Nacht zum 21. April 1945 wurden hier 20 jüdische Kinder, 2 holländische Sanitäter, 2 französische Ärzte und 6 sowjetische Kriegsgefangene aus dem KZ Neuengamme aufgehängt. Anschließend wurde ein LKW in das zentralgelegene Lager in der Spaldingstraße geschickt, der von dort eine weitere Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener, die gleichfalls exekutiert werden sollten, holte. Es müssen zwischen 24 und 30 Personen gewesen sein. Lagerkommandant war SS-Obersturmführer Arnold Strippel, der am Ort des Verbrechens zugegen war.

Die sowjetischen Soldaten wurden auf den LKW gestoßen, zu je vier Mann in den Keller der Schule geführt und dort aufgehängt. Jene, die im Wagen zurückblieben, verstanden, was sie erwartet. Sie wählten die Flucht. Drei oder vier der Flüchtenden wurden erschossen, die anderen entkamen.

Wahrscheinlich waren es sechs Personen, man weiß weder Namen noch Häftlingsnummer.

Wenn es gelingen würde, zumindest einen der Überlebenden zu finden, dann würde sich SS-Obersturmführer Strippel vor Gericht zu verantworten haben. Heute lebt er auf freiem Fuß in Frankfurt a. M. Die übrigen Mordkomplizen sind tot.

Herr Schwarberg bekundete im voraus seinen herzlichen Dank an alle, die ihm bei der Suche nach diesen sowjetischen Kriegsgefangenen helfen würden. Ist es ihm ja 34 Jahre nach diesem entsetzlichen Verbrechen gelungen, die bislang unbekannten Angehörigen von sechs

der erhängten Kinder ausfindig zu machen. All das ließ Herrn Schwarberg den Artikel „Der SS-Arzt und die Kinder“ schreiben, der in Fortsetzungen im „Stern“ erschien und jetzt in Buchform herauskommen soll.

Ich mußte dabei unwillkürlich an Arnold Strippel denken, so wie ich ihn noch vor kurzem im Düsseldorfer Landgericht, beim Majdanek-Prozeß, gesehen habe. Eine Zeugin aus Kanada berichtete, wie eine Aufseherin, die „blutige Brigadya“, eigenhändig eine junge Gefangene auf dem Appellplatz aufhängte. Die Zeugin konnte vor Schluchzen kaum ein Wort hervorbringen. Nicht nur die Zuhörer, sondern auch die Richter selbst waren offenbar erschüttert. Unterdes vertiefte sich ein grauhaariger Herr auf der Anklagebank kaltblütig in ein Boulevardblatt — besagter Herr Strippel. Jetzt ist er schon weit über die 60, obwohl er jünger aussieht. Seine Karriere ist fürwahr bezeichnend für das NS-Regime.

Arnold Strippel, Sohn eines Landbesitzers aus der Gegend von Kassel, bat 1934, in den aktiven Dienst der SS aufgenommen zu werden. Er wurde gern genommen. Der SS-Arzt konstatierte befriedigt das rein „arische“, „nordische“ Äußere des Bewerbers — helle Haare, aufrechter Gang bei hohem Wuchs und eine rötlichweiße Hautfarbe.

Bereits im Oktober 1934 kam Strippel in den Wachdienst des KZs Sachsenhausen. 1938 wurde er zur Beförderung nach Buchenwald versetzt, wo ihm ein „verantwortlicher“ Bereich anvertraut wurde — die Bestrafung der Häftlinge, die mit Stöcken und Peitschen geschlagen wurden. Bisweilen schlug Strippel selbst die Häftlinge und malträtierte sie mit seinem schweren eisenbeschlagenen Stiefel. Als besonders „wirksam“ galt es, Häftlinge für einige Stunden an den Armen an einen Baum zu hängen.

Nach der Besetzung Frankreichs wurde Strippel als „Experte“ in ein KZ ins Elsaß und 1942 in das Todeslager Majdanek in Polen geschickt. Offenbar kam man nirgends ohne Strippel aus. Er „schaffte es“ in Ra-

vensbrück, in Peenemünde, im KZ Vught (Holland); gegen Kriegsende war er in Hamburg, wo er Außenstellen des dortigen KZs Neuengamme leitete.

Strippel streitete jeglich Schuld an den Verbrechen vom Bullenhuser Damm ab. Doch im Mai 1946 hatte ihn ein britisches Kriegsgericht beschuldigt, neben anderen Verbrechen, die 20 Kinder am Bullenhuser Damm umgebracht zu haben. Strippel gelang es unterzutauchen. In diesen „schweren“ Jahren schlüpfte er bei einem SS-Kameraden auf dem Land unter. „Im Herbst 1948, als sich SS-Führer in Westdeutschland schon wieder sicherer fühlten, stellte er sich unter seinem richtigen Namen im amerikanischen Internierungslager Darmstadt“, schrieb der „Stern“.

In jenen Jahren wurde Nachsicht gegenüber NS-Verbrechern zur halb-offiziellen Politik der westlichen Besatzungsbehörden und dann der Bundesregierung. Wie ein Ankläger der USA beim Nürnberger Tribunal schrieb, begann die „Begnadigungsepidemie“. Einen der Hauptgründe enthüllte der ehemalige Hitlergeneral Speidel in einer Denkschrift, die er 1950 im Auftrag Adenauers verfaßte: „Die Begnadigung der Kriegsverbrecher und die Beendigung der Diffamierung der deutschen Soldaten“ sei „Voraussetzung eines jeden militärischen Beitrags“ der Bundesrepublik. „Ich bitte doch, das Wort ‚Kriegsverbrecher‘ allgemein zu vermeiden; es sind ja im wesentlichen keine Verbrecher, sondern unschuldig Verurteilte“, erklärte Hans Ewers, Bundestagsabgeordneter der Deutschen Partei, etwa zur gleichen Zeit.

Strippel sollte sich nicht verrechnet haben. In Darmstadt erhielt er ohne besondere Schwierigkeiten neue Personalpapiere und durfte das Lager als freier Mann verlassen.

Vielleicht wäre er bis heute straflos ausgegangen, wenn da nicht ein Zufall gewesen wäre: Ein ehemaliger Buchenwald-Häftling, einer von jenen, die der SS-Scherge seinerzeit an den Armen aufgehängt hatte, erkannte Strippel in Frankfurt auf der Straße und holte die Polizei. Strippel wurde verhaftet. Im Juni 1949 verurteilte ihn das Frankfurter Schwurgericht wegen Teilnahme an der Ermordung von 21 Häftlingen des KZ-Buchenwald zu 21mal lebenslänglich und zudem zu 10 Jahren Haft wegen schwerer Körperverletzung in ungezählten Fällen. Es schien, als hätte die Gerechtigkeit doch noch gesiegt. Doch 1967 hielt ihm das Frankfurter Schwurgericht in einem Wiederaufnahmeverfahren

die „heute allgemein mildere Beurteilung derartiger unter der Herrschaft des Unrechtsstaates begangener Straftaten“ zugute.

Bei einem weiteren Prozeß wurde die Gesamtstrafe (einschließlich des 21mal lebenslänglich) durch 6 Jahre Freiheitsentzug ersetzt. Doch weiter: Da Strippel 1969 freigelassen wurde und folglich 20 Jahre abgesessen hatte, erhielt er für die 14 Haftjahre „zuviel“ ... eine Entschädigung von mehr als 120 000 DM. Ganz zu schweigen davon, daß dies doppelt soviel ist, wie ein KZ-Häftling als „Wiedergutmachung“ für die gleiche Zeit in einem KZ erhalten hätte (vielen Widerstandskämpfern, besonders Kommunisten, verweigert man überhaupt bislang „Wiedergutmachungszahlungen“).

Als Strippel im Gefängnis saß, wurden weitere erschütternde Einzelheiten des Mordes an den Kindern im Hamburger KZ Neuengamme bekannt.

Ein gewisser Dr. Heißmeyer, der eng mit Nazigrößen liiert war, wollte durch Experiment an Menschen den Professorentitel erlangen. Mit Zustimmung seiner Beschützer stellte er aus KZs eine Gruppe von 20 Kindern zusammen und impfte sie mit Tuberkulosebazillen. Die Kinder waren aus verschiedenen Ländern Europas, alle aber stammten aus jüdischen Familien. Der „Wissenschaftler“ suchte nachzuweisen, daß

„rassisch nicht vollwertige“ Personen viel leichter an Tuberkulose erkranken.

Dr. Heißmeyer — später erhielt er in der DDR lebenslänglich — erklärte seinerzeit vor Gericht, für ihn habe es keinen Unterschied zwischen Versuchskaninchen und „rassisch minderwertigen“ Personen gegeben. Doch nichtsdestoweniger tat er alles, um seine Experimente geheimzuhalten. Als die Versuche abgeschlossen waren, ohne für den Mordarzt gewünschte Ergebnis zu bringen (übrigens förderte das Gericht seine erstaunliche fachliche Inkompetenz zutage), beschloß Heißmeyer, die Spuren zu verwischen. Auf seine Initiative hin wurde beschlossen, die jetzt „unnötig gewordenen“ Kinder zu beseitigen.

... Den Kindern im Lager Neuengamme wurde gesagt, sie sollten sich anziehen — man würde sie in ein anderes Lager bringen. Sie lebten förmlich auf, freuten sich — eine Fahrt, ein Ortswechsel standen ihnen bevor. Doch statt zum Bahnhof ging die Fahrt zum Keller einer Schule im Hamburger Stadtzentrum. Dort gab der Garnisonsarzt jedem eine Morphiumspritze. Während die Kinder einschliefen, waren im Raum nebenan drei SS-Leute schon ans Werk gegangen: Die Häftlinge, die die Kinder betreut hatten, zwei Sanitäter und zwei französische Ärzte, die im Widerstand gekämpft hatten, wurden die ersten Opfer. Man



Im Vorraum der Schule am Bullenhuser Damm in Hamburg, wo SS-Leute 20 Kinder bestialisch ermordeten, hängt eine Gedenktafel.

Der Raum, wo die Kinder umgebracht wurden, ist jetzt ein Museum: Hier hängen Fotos, die die unmenschlichen Experimente des Dr. Heißmeyer zeigen. Die Dokumente klagen an.

Diese beiden Kinder aus Paris, Jacqueline Morgenshtern und Georges Kohn, wurden Opfer eines „medizinischen Experiments“.

„NEUE ZEIT“ 12-80

hängte sie an über ein Rohr des Heizungsraums gespannten Stricken auf.

In einem anderen Raum wurden vier Schlinger vorbereitet, die man an Haken an der Wand befestigte. Die Kinder wurden entkleidet. Dann nahm ein SS-Mann den 12jährigen Franzosen Georges Kohn auf den Arm — er war von den „medizinischen“ Versuchen so geschwächt, daß er nicht mehr gehen konnte. Der SS-Mann sagte, er wolle den Jungen nur zu Bett bringen, und verließ den Raum. In einem anderen Kellerraum war schon alles bereit für die Exekution. Der SS-Mann steckte Georges Kopf in die Schlinge. Damit sich diese schneller zuzog, umfaßte er den Jungen und zog ihn mit aller Kraft nach unten...

So wurden alle 20 Kinder umgebracht. Der Älteste war 12, der Jüngste erst 5.

Die unmittelbaren Mörder wurden später hingerichtet. Sie allesagten bei den Verhören aus, daß auch Strippel dabei war. Jener aber streitet seine Mittäterschaft bei dem Verbrechen am Bullenhuser Damm ab und behauptet, seine SS-Kameraden hätten ihn lediglich „angeschwärzt“. Das ist schwer zu überprüfen, da alle namentlich bekannten handelnden Personen der Tragödie tot sind — die Opfer wie die Henker.

Es bleibt die Hoffnung auf Unbekannte. Sie sind nur unter jenen namenlosen sowjetischen Soldaten zu suchen, von denen Günther Schwarberg sprach. Aus Aussagen von SS-Unterscharführer Speck vor einem britischen Kriegsgericht geht hervor, daß es an die 25 Kriegsgefangene waren.

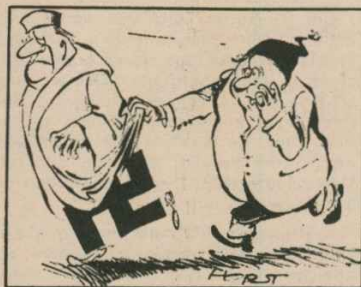
Sie wurden auf Strippels Befehl aus dem KZ Neuengamme in die Spaldingsstraße gebracht. Nach der Ermordung der Kinder holten die SS-Leute die sowjetischen Kriegsgefangenen in Gruppen aus dem Wagen und führten sie in den Keller der Schule. Dort wurden sie ebenso wie die Sanitäter und die Ärzte aufgehängt. SS-Mann Speck und der Fahrer bewachten unterdes die übrigen Häftlinge am Wagen.

Nachdem 8 Personen aufgehängt waren und SS-Leute kamen, um die dritte Gruppe abzuholen, sprangen die Häftlinge auf einmal alle aus dem Wagen und warfen sich auf die Bewacher.

Und so beschrieb das SS-Mann Speck: „Sie kamen mit einem Hurra! raus, und ich bekam eine Handvoll Salz ins Gesicht. Ich geriet mit einem Häftling in ein Handgemenge und habe Gebrauch von der Schußwaffe gemacht, wobei ich ihn runterschoß. Ich habe in Notwehr handeln müssen...“ (Erstaunlich, wie

schnell sich die Schlächter die juristische Terminologie angeeignet haben.) Zumindest drei Soldaten wurden von Speck und den anderen SS-Schergen auf der Stelle niedergeschossen. Einigen gelang die Flucht. Ob sie je ihre Heimat erreicht haben, wissen wir nicht. Und so gibt es offenbar keine unmittelbaren Zeugen des Verbrechens mehr.

Doch selbst wenn keine neuen Zeugen gefunden werden sollten, dürfte Strippel diesmal der Justiz nicht entkommen. Zu lang ist die Liste seiner Verbrechen. Bereits nachdem Schwarbergs Buch „Der SS-Arzt und die Kinder“ erschienen war, wurde bekannt, daß in Frankfurt ein neuer Prozeß vorbereitet wird, in dem



„Du lieber Himmel, schon wieder einer!“ — das schrieb das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zu dieser Karikatur.

In der bundesdeutschen Presse trifft man häufig Meldungen, daß der eine oder andere „Gesetzesdiener“ eine NS-Vergangenheit oder sogar Gegenwart hat — wie der Rechtsanwalt Hermann Stolling, der unter Hitler Karriere gemacht hat, oder sein Kollege Ludwig Bock, ein NPD-Mitglied und Neonazi. Beide agierten als „Verteidiger“ der Henker von Majdanek.

Die bundesdeutschen Justizbehörden haben Akten über 84 400 Naziverbrecher angelegt — doch bis 1979 wurden nur 6432 abgeurteilt. Bislang wurde kein Richter am „Volksgerichtshof“ zur Verantwortung gezogen, der die Teilnehmer des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt hatte.

Strippel einer der Hauptangeklagten sein wird.

Es geht im Prozeß um die Untat einer Gruppe von SS-Leuten im KZ Vught (Holland). Im Januar 1944 hatten Häftlinge in einer Frauenbaracke eine Denunziantin bestraft, indem sie ihr die Haare abschnitten. Der Lagerkommandant sah darin eine „Rebellion“. Die Strafe folgte auf dem Fuß: 74 Frauen wurden in eine 9,5 m² kleine Einzelzelle getrieben. Als am nächsten Morgen die Tür geöffnet wurde, waren 10 Frauen schon tot.

Zu den Ausführenden der „Strafoperation“ gehörte auch Strippel. Das geht aus Dokumenten hervor,

die die niederländischen Untersuchungsbehörden der Bundesstaatsanwaltschaft übergaben.

Was mit diesen Dokumenten geschah, ist bezeichnend. Bereits 1967 hatte das Amsterdamer Reichsinstitut für Kriegsdokumentation eine Liste mit den Namen von 350 BRD-Bürgern, die schwere Verbrechen in Holland verübt hatten, den zuständigen Bundesbehörden zugeleitet. Doch keiner von ihnen wurde der gerechten Strafe zugeführt. Warum?

Das umfangreiche Dossier, das die NS-Verbrecher entlarvt, war in Holländisch gehalten. Die Staatsanwaltschaft der Stadt Frankenthal gab die Dokumente zum Übersetzen. Doch in vier Jahren wurde keine einzige Zeile übersetzt. Auch in den nachfolgenden Jahren wurde nur ein Teil der Dokumente übersetzt. Bereits im Dokument Nr. 3 wurde der Name Strippel erwähnt. Nichtsdestoweniger kam die Sache nicht voran.

Ein Zufall? Wohl kaum. Der Staatsanwalt in Frankenthal, der die Untersuchung leitete, war ein gewisser Anton Drach, eine bekannte Figur. Seinerzeit war er wegen Kriegsverbrechen zu 20 Jahren Haft in Luxemburg verurteilt worden, doch wurde er vor der Zeit entlassen und in die BRD ausgewiesen, wo er mit Hilfe „alter Freunde“ schnell Karriere machte.

Die empörende Untätigkeit der „Rechtspflege“ hat solche Formen angenommen, daß es vor der Öffentlichkeit nicht mehr zu verbergen war. Der Justizminister des Bundeslandes Rheinland-Pfalz, Otto Theissen, mußte wegen des Skandals zurücktreten. Allerdings hatte er sich auch anderes zuschulde kommen lassen. Doch die „Unterlassungen“ im Fall Strippel waren der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

1979 beschloß der Bundestag, die Verjährungsfrist bei Mord aufzuheben. Dieser Beschluß wurde von allen demokratischen Kräften begrüßt, obgleich konstatiert wurde, daß er widerspruchsvoll ist, da hier nicht von Naziverbrechen als solchen, sondern vielmehr von Mord generell gesprochen wird. Diese Widersprüchlichkeit zeigt die inkonsequente Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Nazivergangenheit insgesamt. Einflußreiche Kräfte verlangen nach wie vor eine Amnestie für die Naziverbrecher — wenn nicht de jure, dann doch de facto. Auch die entgegenwirkende Tendenz ist stark, wie die Aktivitäten der demokratischen Kräfte in der BRD zeigen, die verlangen, daß alle NS-Verbrecher ihre gerechte Strafe erhalten.

Bonn, im März

ALLE NAHMEN...

Lew MAKAREWITSCH

Ein gemeinsamer Freund von ihnen erzählte:

„Einmal wandte sich der ehemalige Managementberater einer römischen Fußballmannschaft mit der dringenden Bitte an Gaetano, ihm 80 Millionen zu beschaffen. Ohne ein Wort zu sagen, ließ dieser seine Brüder Francesco und Camillo kommen und sagte: 'Wir müssen dem Berater aus der Patsche helfen. Ich stelle einen Scheck über 40 und jeder von euch einen über 20 Millionen aus.'"

Das erzählt man sich vom Klan der Caltagirone, den größten Bauunternehmern Roms. Sie seien reich wie Krösus und großzügig wie Schillers Räuber.

Vor kurzem ist das Geheimnis, wie sie reich geworden sind, gelüftet worden, und damit brach ein fürchterlicher Sturm bei der Justiz, beim Big Business und in der hohen Politik los. Die drei Brüder hatten nicht nur Fußballmanagern Geld geliehen, sondern auch Spitzenfunktionären der regierenden christdemokratischen Partei, Ministern usw. usf.

Das Räuberkleblatt konnte bei staatlichen Kreditanstalten jederzeit Hunderte Md. Lire bekommen, baute aber nur für Dutzende Milliarden, und was aus den übrigen wurde, ist nicht schwer zu erraten.

Der Skandal schwillt wie eine Lawine an. Gleich mehrere Parteien haben dringende Anfragen an den Regierungschef gerichtet. Evangelisti, der Minister für die Handelsflotte, ist zurückgetreten. Er war einer der angesehensten Männer in der christdemokratischen Führung der Democrazia cristiana (DC).

Zum Abschied gab er der „Repubblica“ ein Interview.

„Ja, ich habe mir von den Caltagirone Geld geben lassen.“

„Viel?“

„Das weiß ich nicht mehr“, behauptete der Exminister, ließ aber durchblicken, daß es sich um Dutzende Millionen gehandelt habe.

„Wofür?“ ließ der Reporter nicht locker.

„Für die Parteifraktion, für meinen Wahlkampf, für die DC überhaupt“, antwortete Evangelisti so selbstverständlich, als habe es sich um die Zeche für ein Spaghettienessen gehandelt.

Dabei hatte er die Grenze des Unerlaubten ohne jeden Zweifel überschritten. In Italien ist es gesetzlich verboten, Parteien und Wahlkämpfe zu finanzieren. Er gestand so leicht, weil er offenbar sicher war, daß ihm in der Welt der bürgerlichen Parteien Italiens nichts passieren kann.

So sieht es in der Welt der bürgerlichen Parteien Italiens aus. In dieser Welt haben nämlich viele Begriffe ihren ursprünglichen Sinn längst eingebüßt. Korruption gilt beinahe als Kavaliersdelikt, wahr ist, was Vorteil bringt, Käuflichkeit nennt man Pragmatismus, und als ehrlich gilt, wer sich auf Sippenhaftung stützen kann.

Der DC-Bonze Luigi Gui wurde z. B. entlarvt, gemeinsam mit dem Sozialdemokraten Mario Tanassi und einem Dutzend anderer politischer Schieber vom US-Konzern Lockheed gehörige Bestechungen entgegengenommen zu haben. Der „Kollege“ wurde sofort von der Creme der DC und von den besten Journalisten und Anwälten in Schutz genommen.

Korruption wird als patriotisch bezeichnet, der Schmiergeldnehmer als uneigennütziger, pflichttreuer Wahrheitsapostel, dem die Massenmedien „bloß noch keine Gerechtigkeit widerfahren lassen“, die Versuche, der schmutzigen Geschichte auf den Grund zu gehen, als die Absicht, einen Schlag gegen die DC zu führen, die doch „immer für Freiheit und Fortschritt eintritt“, und die italienische Demokratie zu unterminieren.



Gaetano Caltagirone

Aus „Panorama“ (Italien)

Seit unvordenklichen Zeiten ist Geld in Politik, Geschäft und Krieg ein vorzügliches Schmieröl. Cicero schrieb, schon Philipp von Mazedonien habe sich gerühmt, er könne jede Festung nehmen, in die ein mit Gold beladener Esel hinein könne. Mit der den italienischen Konzernen und den Multis vorausrollenden Goldmünze haben sie in Italien so manche politische Feste genommen.

Zwischen 1961 und 1968 verausgabte die damalige Leitung des größten italienischen Chemiekonzerns Montedison, um sich den Absatz seiner Erzeugnisse zu erleichtern, 50 Md. Lire für die Bestechung bürgerlicher Parteien und Politiker, vor allem solcher von der DC.

„Alle haben genommen“, sagen achselzuckend die damaligen Leiter des Konzerns, die jetzt auf der Anklagebank sitzen.

50 Md. Lire sind ganz schönes Geld, aber nur ein Drittel der Summe von 150 Md., die italienische und andere Firmen in Italien während der letzten 20 Jahre „nützlichen“ Leuten zugesteckt haben.

Der Fall Caltagirone ist nur ein Teil der Affäre. Zugleich reift ein anderer, noch größerer Skandal heran: die Enthüllung der Geheimverbindungen zwischen der DC und staatlichen Einrichtungen.

Zu den Kreditgebern des Räuberkleblatts zählt die Italcasse. Wie andere staatliche Finanzinstitute, so war auch dieser Bankkonzern ein Pfeiler der „Parteiwirtschaft“, ein Finanzierungsreservoir der DC.

Die Italcasse gab von 1972 bis 1977 100 Md. Lire ungedeckte Kredite, u. zw. außer Caltagirone noch mindestens 40 Personen, die lange als Zierde der Gesellschaft galten, Großindustriellen, Bankiers und Politikern der DC und ISP.

Die Sache mit der Italcasse ist kein Einzelfall. Ansehnliche Zuwendungen bekamen die DC und ihre Fraktionen auch aus den „Geheimfonds“ des staatlichen Ölkonzerns ENI, als noch Enrico Mattei dessen Leiter war. Von ihm sagte Mattioli, der Expräsident der Banca Commerciale: „Er war ein großer Vorfürer, denn er spannte die Schwächen und die Korruption von Politikern für seine Absichten ein. Seine Nachfolger haben ihm nur das Schlechteste nachgemacht.“ Nach dem kürzlichen Skandal wegen der saudischen Öllieferungen an die ENI in Italien zu urteilen (s. Heft 1/80), war es wirklich so.

Die aufgezählten Tatsachen zeigen, wie üppig unter der DC Unterschlagungen und Korruption ins Kraut geschossen und zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Manche Ämter sind so tief gesunken, Einnahmequellen für die DC zu sein.

Ein großer Teil der Einnahmen dient nicht nur zur persönlichen Bereicherung christdemokratischer Politiker, sondern auch zur Bezahlung einer Kamarilla, die bei Wahlen für sie auf Stimmenfang ausgeht. Diese sogenannte Klientel und die „Parteiwirtschaft“ haben der DC seit fast 30 Jahren ein festes Machtmonopol gesichert. Daher die beispiellos hartnäckigen und großangelegten Bemühungen, den Fall Caltagirone im Sande verlaufen zu lassen.

Wie der Skandal enden wird, ist noch nicht klar. Die Brüder Caltagirone haben den Ausgang nicht abgewartet, sie haben das Weiße gesucht und 607 Md. Schulden hinterlassen. Manche ihrer Gönner und Komplizen tragen sich gewiß mit dem Gedanken, ihrem Beispiel zu folgen.

„Was bleibt einem sonst übrig?“ fragte der Leiter einer der größten Kreditanstalten einen Korrespondenten der Zeitschrift „Panorama“. „Wenn es jetzt schon den Caltagirones an den Kragen geht, dann gibt es nur eins: Rette sich, wer kann!“

Die Nachkommen des Kleinen Wolfs

Paula GARB, amerikanische Journalistin

„Die Einwohner von Montana mögen keine Indianer“, sagte Mary Louise, eine Angestellte der Universität von Montana in Bozeman, zu mir. „Die Regierung hat ihnen Boden gegeben, aber je mehr sie bekommen, desto mehr fordern sie.“ Wir unterhielten uns auf einem Flug in den US-Staat Montana, in die Reservation der nördlichen Cheyenne-Indianer. Auf dem winzigen Flugplatz von Billings erwarteten mich meine Gastgeber, Mary und Chuck Sanchez. Mary trug in ihren langen schwarzen Zöpfen indianische Bänder, und Chucks Gürtelschnalle zierte ein Ornament aus bunten Indianerperlen.

Die beiden und ihre Kinder bekamen nach der Geburt Indianernamen, wenn sie aber englisch sprechen, nennen sie sich mit christlichen Namen. Sanchez, der Name von Chucks Familie, ist unverkennbar spanisch — im Südwesten der USA sprechen die Indianer spanisch.

Mary und Chuck waren zwei Stunden unterwegs gewesen, um mich abzuholen, aus Billings fahren keine öffentlichen Verkehrsmittel zu ihrer Reservation. Zum Unterschied von vielen anderen Stämmen leben die Cheyenne verhältnismäßig isoliert.

In den zwei Wegstunden nach der Reservation „Lame Deer“ (Lahmer Hirsch) hörten meine Kinder, die ich mitgenommen hatte, und ich einen gedrängten Vortrag über die Geschichte der Indianer, so daß ich die Lücken in meinen Schulkenntnissen ausfüllen konnte. Vor etwa 300 Jahren lebten die Cheyenne im Innern Minnesotas, trieben Ackerbau, fischten, jagten, sammelten wildwachsenden Reis und fertigten Töpferwaren an. Später siedelten sie sich am Flusse Cheyenne in Nord-Dakota an und hausten in Erdhöhlen. Wahrscheinlich dort lernten sie Pferde kennen und fingen an, Büffelochsen zu jagen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden sie durch die Pocken und das Vorrücken der europäischen Kolonisatoren nach Westen stark dezimiert. Deshalb wanderten sie weiter westwärts, in die Gegend der Black Hills und stellten dort ihre Wigwams auf.

So bekam ich auf der wie ausgestorbenen liegenden Chaussee nach Lame Deer einen Abriss von der Geschichte der Cheyenne. Bald passier-

ten wir das Schlachtfeld, das den amerikanischen Schulkindern aus Wildwestfilmen als die letzte Stellung Custers bekannt ist. Hier siegten 1876 Sioux- und Cheyenne-Indianer zum letzten Mal über General Custers Reiterei. Die Cheyenne triumphierten aber nicht lange. Sie mußten kapitulieren und wurden nach Süden, zu ihren Stammesgenossen, den südlichen Cheyenne, in die Reservation getrieben.

Ein Häuptling der nördlichen Cheyenne, der Kleine Wolf, ein Urgroßvater meiner Gastgeberin, hat die Tragödie seiner Stammesbrüder wie folgt geschildert: „Sie trieben uns nach Süden, und wir haben dort sehr gelitten. Viele starben an Krankheiten, die wir nicht kannten. Unsere Herzen sehnten sich nach dem Land, wo wir geboren sind. Nicht viele von uns blieben am Leben und wir brauchten doch nur ein Stückchen Land, uns darauf anzusiedeln. Wir verließen unsere Wigwams. Truppen verfolgten uns. Ich ritt zu ihnen heran und sagte, daß wir nicht Krieg führen, sondern nur nach Norden ziehen wollen, wenn sie uns in Ruhe lassen, werden wir niemanden töten. Sie antworteten mit Kugeln. Danach mußten wir uns kämpfend durchschlagen, haben aber keinen getötet, der nicht zuerst auf uns geschossen hatte. Mein Bruder Stumpfes Messer ergab sich mit

Mary Sanchez

Zeichnung: O. Wischnjakow



der Hälfte unseres Trupps bei Fort Robinson... Nachdem die Männer ihre Waffen abgeliefert hatten, wurden sie alle von den Weißen getötet.“

Die wenigen Überlebenden aus dem Trupp des Kleinen Wolfs bekamen schließlich die Erlaubnis, in ihrer Heimat zu bleiben. Die Regierung wies den Cheyenne 1884 die jetzige Reservation — 447 000 Acre (ca. 180 000 ha) Wiesenland und mit Kiefern bestandene Hügel an.

Als wir in Lame Deer ankamen, dunkelte es schon. Das Städtchen mit rund 500 Einwohnern schlief bereits. Die einzigen neun Kinder, die so spät noch nicht schliefen, waren gewiß die von Mary und Chuck.

Das Haus hatte zwei Räume: eine Küche und eine Stube, jede etwa 15 m² groß. Es bekam gerade einen neuen Anbau, aber selbst wenn er fertig ist, wird es für die große Familie noch zu eng sein. Sie hätte sich nach dem Urbanisierungsprogramm des Büros für Indianerangelegenheiten, das schon ausgeführt wird, für eine kleines Standardhaus anmelden können, aber die Bewohner der Reservation leisten allen Versuchen des Büros Widerstand, ihnen das Recht auf Selbstbestimmung über ihre Lebensweise zu nehmen.

In Lame Deer steht schon ein Grüppchen Standardhäuser, die wie Schachteln aussehen. Der Außenseiter hält sie für einen Fortschritt gegenüber den gewöhnlichen Behausungen in der Reservation, die zu 80—95% amtlich als baufällig, unhygienisch und überfüllt geführt werden.

Für die neuen Häuser, die 45 000 Dollar kosten, zahlen die Einwohner je nach ihren Einnahmen, in den meisten Fällen also relativ wenig. Die Bauten haben aber dünne Mauern und sind gegen die Außentemperatur nicht isoliert, so daß die Heizung den Preisnachlaß für das Haus auffrisst. Im Winter sinkt dort die Quecksilbersäule bis 4—5°C unter Null, und eine Familie muß für Heizung bis zu 120 Dollar monatlich ausgeben. Das ist viel mehr, als die Heizung mit den kleinen Kohlenöfen kostet, die man in den elenden, aber warmen Hütten sehen kann. Aber noch aus einem anderen Grunde wollen viele Indianer die neuen Häuser nicht. Sie wollen über ihre Lebensweise selbst bestimmen.

Mary erzählte mir von Gesprächen, die sie als oberster Richter des Stammes mit 56 vom Gesundheitsdienst für Indianer sterilisierten Cheyenne-Frauen hatte, die bei Gericht Klage eingereicht hatten. Sie erfuhr, daß sich sterilisierte Frauen genieren, darüber zu sprechen. Viele von ihnen sind schon von ihren Männern verlassen worden, viele

unterschreiben die englisch abgefaßte Einwilligung zu dem Eingriff, ohne Englisch zu verstehen.

Eine junge Frau erzählte, sie sei sterilisiert worden, als sie wegen Kopfschmerzen zur Sprechstunde ging. Der Arzt hatte gesagt, sie habe ein Frauenleiden. (In den Krankenhäusern gibt es keine indianischen Ärzte, die meisten Ärzte sind Anfänger, sie sind gerade erst von der Hochschule gekommen.) Eine andere Indianerin berichtete, der Arzt habe sie belogen, man könne den Eingriff später rückgängig machen. Nicht selten wurde Frauen gedroht, falls sie nicht einwilligten, würde man ihnen die Kinder durch Gerichtsentscheid wegnehmen. Das alles ereignete sich bei einem Stamm mit nur noch 3400 Mitgliedern. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts war die Zahl der Cheyenne sechsmal so groß.

Als wir in Lame Deer waren, kam ein FBI-Agent dort an. Er untersuchte folgenden Fall: Eine weiße Mutter hatte ihr Kind, das der Vater, ein Indianer, erzog, aus der Reservation fortgeholt. Der Stamm betrauert den Verlust jedes Kindes, das ist erstens ein Brauch und zweitens eine Auflehnung dagegen, daß die Behörden Indianerkinder von weißen Familien adoptieren lassen. Mary Sanchez war bereit, um das Kind zu kämpfen und es zu sich zu nehmen, damit es dem Stamm erhalten bleibt. Sie erklärte mir, bei den Indianern ist es eine Ehre und Sitte, Waisen zu adoptieren. Zwei von den Sanchez-Kindern sind an Kindes Statt angenommen.

Die meisten Mischehen in der Reservation — am häufigsten ist der Mann ein Indianer und die Frau eine Weiße — sind geschieden, und der Scheidung folgt der traurige Streit um das Recht, die Kinder zu erziehen. Diese Ehen wurden größtenteils in den 60er Jahren geschlossen. Damals versuchten die Behörden, ein Programm zur Umsiedlung der Indianer aus den Reservationen in Städte auszuführen, wo sie sich, wie man hoffte, assimilieren würden, so daß sich die Stammesordnung auflösen würde. Das Programm schlug fehl, weil der Rassismus und die mit ihm verbundene Arbeitslosigkeit unter den Indianern die meisten von ihnen veranlaßte, in die Reservationen zurückzukehren. Daher das Experiment des Büros mit den Standardhäusern, in denen sich die Indianer auf ihrem eigenen Boden an die städtische Lebensweise gewöhnen sollen.

Als wir am Morgen nach unserer Ankunft in die Küche kamen, stand da ein dampfendes Rührei aus mindestens zwei Dutzend Eiern. Auf dem Tisch standen und lagen außerdem

Schinken, Haferbrei, Milch und eine große Schale mit Pfirsichen. So gut hat es die Familie Sanchez selten (das Pro-Kopf-Einkommen macht in der Reservation nur ein Viertel desjenigen im Landesdurchschnitt aus).

Mary war schon bei sich im Gericht, die Kinder wurden vom Vater versorgt. Er ist fast das ganze Jahr arbeitslos. (Das sind in der Reservation im Winter 79 und im Sommer 16% der Bewohner.) Das Frühstück hatte die 9jährige Charlotte, ein hübsches Kind mit Grübchen Wangen und blitzenden Augen, zubereitet. Als die ältere der beiden Sanchez-Mädchen kocht sie gewöhnlich. Die größeren Jungen waschen abwechselnd ab und räumen auf.

Wenn die Schule aus ist und die Hausaufgaben gemacht sind, haben die Kinder freie Zeit. Die Mädchen gehen zu Verwandten, auf die kleinen Kinder aufpassen. Der älteste Junge (er ist 14jährig) arbeitet im Sommer auf einem Bau, wo sie Schüler einstellen und ihnen weniger als den Mindestlohn zahlen, der in den ganzen USA gezahlt wird.

Die einzige Schule in der Reservation wird von katholischen Missionaren geleitet. Zum spärlichen Zimmerschmuck der Sanchez gehört ein Kruzifix, das Mary selbst aus Holz anfertigte, als sie noch in die katholische Schule ging. Sie sagt, sie behält es zum Andenken an die Schläge, die sie von den Nonnen bekommen hat. Deshalb schickt sie ihre Kinder an die ziemlich weit von der Reservation entfernte Mittelschule, die sie gemeinsam mit den Kindern weißer Viehzüchter besuchen.

Der Schulbesuch der Kinder ist nur eins der Probleme, die die Bewohner der Reservation haben. Ein anderes sind die ungehobenen Bodenschätze ihres Gebiets. In der Reservation der nördlichen Cheyenne sollen ca. 23 Mrd. t Kohle im Boden lagern. Ein Teil kann im Tagebau gewonnen werden. Laut Verträgen mit der US-Regierung aus dem vorigen Jahrhundert dürfen die Indianer, wenn sie wollen, auf ihrem Land Bodenschätze gewinnen. Von 1966 bis 1971 wurde der Stamm unter Druck gesetzt, er solle Land an vier Großkonzerne verpachten, die die Kohle abbauen wollten. Sie boten ihm für die Tonne Kohle 17,5 Cent, obwohl sie damals zu 4 Dollar gehandelt wurde. Schließlich überließen die Stammesmitglieder den Konzernen 56% der Reservation. Jetzt versuchen sie, die Pachtverträge zu kündigen, denn sie können sich nicht vorstellen, wie und ob sie die betreffenden Ländereien sonst zurückbekommen

könnten. Der Kohlenstaub aber verseucht schon ganz gehörig die fröhliche so reine Luft.

Fünf Tage in Lame Deer. Fünf Tage unaufhörlicher Entdeckungen. Und doch fühlte ich mich beim Abschied ausgeruht. In diesen Tagen hatte niemand gehastet, war niemand gereizt oder verärgert gewesen. Jeder verrichtete ruhig seine Arbeit. Die Leute dort haben eine stoische Einstellung zu den Alltagsbegebenheiten und sind damit, das genaue Gegenteil der ewig „streitbaren Indianer“, die man uns in unserer Kindheit in TV-Programmen und Filmen vorgeführt hatte.

Ich habe eine Kultur gesehen, die es eigentlich gar nicht geben dürfte. Das einzige TV-Programm, das man sich in Lame Deer ansieht, gibt den Indianern eine Vorstellung von einer Lebensart und von Werten, die ihnen unbekannt sind.

Ich hörte enttäuschten Leuten zu, die kein Recht haben, ohne Genehmigung des Büros für Indianerangelegenheiten eigene Gesetze zu erlassen, und die von der US-Regierung bevormundet werden.

Ebenso wie die anderen Indianerstämme Amerikas schlagen auch die Cheyenne verschiedene Lösungen für ihre sozialen und wirtschaftlichen Probleme vor. Vor allem fordern sie von der US-Regierung, sie soll die Verträge aus dem vorigen Jahrhundert bestätigen und ihnen das Selbstbestimmungsrecht garantieren. Das Wirken der neuen Indianerbewegung, die 1968 organisierte Form annahm, wird jedoch dadurch erschwert, daß einzelne Stämme miteinander rivalisieren, in manchen Fällen schon jahrhundertlang, und daß zwischen den Indianern innerhalb und denen außerhalb der Reservationen Klassenunterschiede bestehen. Die nördlichen Cheyenne, die ich kennengelernt habe, nehmen von Anfang an daran teil. Viele sind aber schon enttäuscht, denn nachdem sie sich jahrelang an zahlreichen Kundgebungen und anderen Aktionen beteiligt haben, sehen sie, daß sich an ihrem Leben nichts Wesentliches geändert hat. Dennoch sind sie hoffnungsvoll und sagen voraus, daß die Bewohner der Reservationen eine immer größere Aktivität an den Tag legen werden.

Auf dem Rückweg nach Billings blieben wir bei dem berühmten Schlachtfeld stehen, wo General Custers Reiterei geschlagen wurde. Beim Anblick der weiten Ebene und des Denkmals der im Eroberungskrieg gefallenen Soldaten bemerkte einer unserer Begleiter, ein junger Cheyenne, vielsagend: „Das war das letzte Mal, daß Indianer so richtig in Wut kamen.“

Ich habe den Eindruck, daß Ihre sogenannte kommunistische Moral nichts weiter als ein Abklatsch des überlebten Puritanismus ist. Dadurch machen Sie das menschliche Leben ärmer. Unsere Gesellschaft, die dem Menschen auf dem Gebiet der Moral die Wahl läßt, beweist damit nochmals ihre Vitalität — die meisten Leute lehnen „moralische Werte“ auf Porno-Niveau sowieso ab. Übrigens findet sich unsere Gesellschaft mit den Pornoezeugnissen ab, weil diese keinen Einfluß auf das moralische Klima haben.

Gerald MORRIS

Liverpool, England



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Wladimir

SHITOMIRSKI

Zunächst einmal möchte ich sagen, daß Sie den Worten „kommunistische Moral“ zu Unrecht das Wörtchen „sogenannte“ vorangestellt haben. Offenbar haben Sie keine rechte Vorstellung von ihr. Sie hat die humanen Sittenbegriffe, die sich die Menschheit gebildet hat, in sich aufgenommen und entwickelt sie fort. Fleiß, Ehrlichkeit, Bescheidenheit, das Gefühl der eigenen Würde und die Achtung anderer gehören unbedingt zur Moral des sowjetischen Menschen. Die kommunistische Moral entspricht der allgemeinen menschlichen.

Das höchste Ziel der kommunistischen Gesellschaft ist es, die Persönlichkeit des Menschen allseitig und harmonisch zu entwickeln, sie zu Sittlichkeit, zu einem lauternden Sinnen und Trachten zu erziehen. Dieser Gesellschaft ist es nicht gleichgültig, in was für einer Atmosphäre sie lebt. Ihre Atmosphäre muß frei sein von Interesselosigkeit, von einer Verbrauchermentalität, von allem, was wir niedrig und gemein nennen. Wir nehmen niemandem „auf dem Gebiet der Moral die Wahl“, aber das ganze Milieu in der sozialistischen Gesellschaft ist so, daß ihre Mitglieder nicht zu zweifelhaften, sondern zu echten moralischen Werten neigen.

Über das geistige Klima in Ihrer Gesellschaft können Sie ja bestimmt mit Sachkenntnis urteilen. Dennoch kann ich Ihnen nicht zustimmen. Kann man es z. B. als Beweis für die „Vitalität“ der west-

lichen Gesellschaft anführen, daß rund 8 Millionen Engländer ständig pornographische Magazine lesen? Sie bilden zwar keine Mehrheit in Großbritannien, aber die Magazine sind ja nicht das einzige Erzeugnis dieser Art, es gibt außerdem entsprechende Filme und Taschenbücher, Sex-Shops und schließlich Shows, die bei den Zuschauern die niedrigsten Instinkte wecken sollen. Nach Ihrer Ansicht stellt der Porno-Boom keine besondere Gefahr dar. Ist das wirklich so?

In Michigan (USA) wurden die Begleitumstände von 38 000 Sittlichkeitsdelikten untersucht. Zu 41% der Fälle hatte die Pornographie den Anstoß gegeben. In Dänemark ist die Zahl dieser Verbrechen, nachdem alle Einschränkungen für Porno-Erzeugnisse aufgehoben worden sind, auf das 2,5fache gestiegen.

Ich möchte mir auch gestatten, Sie daran zu erinnern, daß die Sittlichkeitsverbrechen in London 1977 und 1978 allein um 50% zugenommen haben. Mrs. Mary Whitehouse, die Sekretärin des englischen Zuschauer- und Zuhörer-Landesverbandes, hat in einem Schreiben an den „Guardian“ das Überhandnehmen dieser Verbrechen mit „Veränderungen im moralischen und kulturellen Klima“ in Zusammenhang gebracht, „das zumindest teilweise mit unwirksamen Gesetzen zu erklären ist“, ebenso „mit der unaufhörlichen, starken Stimmungsmache“ für Unsittlichkeiten, dafür, daß „alles erlaubt ist“.

Warum sind die Gesetze aber un-

wirksam, und wer steckt hinter der Stimmungsmache? Es gibt Kräfte, die an einer Entwertung der sittlichen Werte im Westen interessiert sind, natürlich aus geschäftlichen Gründen. Dieses Geschäft kann legal sein (die Mitwirkung einer „Sexbombe“ in einem Film kann, wie errechnet worden ist, mehr einbringen als mehrere Autofabriken) oder auch illegal (das amerikanische Pornogeschäft z. B. mit seinen Jahreseinnahmen von 4 Md. Dollar liegt faktisch in Händen einer Mafia). Wer predigt, daß alles erlaubt sei, wer den Leuten im Westen eine Verbraucher-einstellung zum Nebenmann und zur Kultur beizubringen sucht, der tötet die soziale Aktivität ab, vor allem bei der Jugend, so daß sie der Ausbeutergesellschaft und ihren Stützen nichts anhaben kann. Haben die einschlägigen Geschäftsleute Bargewinne, so besteht der Gewinn des politischen Establishments, der viel größer ist, in einer sozialen Passivität der Menschen.

„Was für Männer und Frauen versuchen wir jetzt großzuziehen, wo wir sie doch mit Greueln, Sex und Grausamkeiten traktieren... Was für eine menschliche Saat versuchen wir in dem vernichtenden Klima des unterdrückten Intellekts zur Reife zu bringen?“ Diese rhetorischen Fragen des amerikanischen Forschers Gilbert Green gelten, wie ich es sehe, für jede Gesellschaft, in der „alles erlaubt ist“. Was uns betrifft, so bemühen wir uns, eine vollwertige „menschliche Saat“ aufzuziehen, und dazu ist es notwendig, das Unkraut zu jäten.



In der Presse steht, daß die USA eine spezielle Flotte für den Indik bilden wollen. Ich würde gern etwas mehr über die US-Seestreitkräfte.

S. MARGOIT
Moskau

Diese Streitkräfte haben jetzt rund 450 Kriegsschiffe der wichtigsten Klassen, darunter (nach amtlichen Angaben für 1978) 68 Atom-U-Boote, 13 Flugzeugträger (davon drei atomare), 27 Kreuzer und Raketenkreuzer. Sie sind in vier operative Flotten eingeteilt. Die 2. Flotte steht im Atlantik an der Ostküste der USA und in der Karibik. Sie kann, je nach der Situation, bis zu 4 Flugzeugträgern haben. Ebenfalls im Atlantik und in der Nordsee ist die 6. Flotte mit

gewöhnlich etwa 40 Schiffen allein im Mittelmeer stationiert. Ihren Grundstock bilden zwei Einsatzgruppen von Flugzeugträgern. Im Pazifik sind die 7. und die 3. Flotte. Zur Einsatzzone der 7. gehört auch der Indik. Sie zählt über 200 Fahrzeuge, die 3. Flotte 4 Flugzeugträger, bis zu 66 Schiffen und 31 U-Boote.

Im Eiltempo stellen die USA die 5. Flotte für den Indik auf. Ihren Grundstock sollen 1 Flugzeugträger, mehrere Zerstörer und Mehrzweck-Atom-U-Boote bilden.

PS

Riecher allein genügt nicht

Das Oberkommando der US-Luftwaffe in der BRD hat eine Operation mit dem Kennwort „Gegenschlag“ angesagt. Sie richtet sich gegen den massenhaften Drogenschmuggel und -handel amerikanischer GIs. Helfer der „Gegenschlag“-Strategen sind vor allem Jagdhunde. Sie dürfen aber nicht größer als 50 cm sein, denn sie müssen ja in den Militärflugzeugen, -autos und -behältern in alle Winkel kriechen, um sie zu beschnüffeln. Für die Operation, die in einer streng bewachten Sperrzone des Oberkommandos in Ramstein durchgeführt werden soll, sind bereits 23 Vierfüßer eingestellt worden.

Friede seiner Asche!



Hier sehen Sie ein modernes Kunstwerk, das die Stadtväter von Bochum im Stadtpark aufstellen ließen. Es kostete die Stadt 150 000 DM. Das 15 m hohe, aus Autoreifen bestehende „Meisterwerk“ verdankte sein Entstehen dem Amerikaner Allan Kaprow. Die Bochumer wußten den Autoreifenbaum nicht zu schätzen, aber schließlich

hatten sie doch ein Vergnügen davon, als er nämlich, von jemandem in Brand gesteckt, in Flammen aufging.

Ein nettes Pärchen



In New York sah ein Herr ein sich fest umschlungen haltendes Pärchen auf sich zukommen. Plötzlich zog der junge Mann eine Pistole, aber der Schuß ging nicht los. Der Herr zog die seine und erschoss den Jungen. Im nächsten Augenblick zückte auch das Mädchen eine Pistole und traf den Herrn tödlich. Die herbeieilende Polizei nahm die 21jährige Blanche Wright fest. Sie ist in der Kriminalgeschichte New Yorks die erste Frau, die das Morden zu ihrem Beruf gemacht hat. Sie und ihr Komplize nahmen für einen Mord 10 000 Dollar. Um unverdächtig zu erscheinen, spielten sie jedes Mal ein Liebespaar.

Woher das viele Geld?

Franz Josef Strauß habe, so berichtet der „Spiegel“, rechtsstehenden Gruppierungen in der Türkei, in Italien, Spanien und Portugal regelmäßig große Zuwendungen gemacht. Man fragt sich, woher er soviel „freies Geld“ hatte. Vielleicht teilt er mit seinen Gesinnungskumpanen die „sinnigen Geschenke“, die er von Konzernen erhält?

Eine Blüte der Emanzipation

In Ägypten sind die Frauen den Männern längst nicht gleichgestellt. Manche aber beweisen, daß sie nicht weniger können als die Männer. Im Bezirk Matariah (Kairo) betätigte sich als Arzt von Leib und Seele mit Erfolg ein gewisser Scheich Mohammed. Er händigte seinen Patienten „heilkräftige“ Tränke oder Talismane aus und gab ins Unglück Geratenen „wertvolle Ratschläge“, natürlich nicht umsonst. Man rührte ihn lange nicht an, wie es sich herausstellte, dank der Protektion zweier hoher Staatsbeamter. Als die Polizei endlich auf Drängen der betrogenen Patienten einschnitt, setzte sich der Scheich zur Wehr. Im Handgemenge fiel ihm der Bart ab und — „er“ entpuppte sich als eine Sie.

Die liebe Ruhe



Vor kurzem wurden in Westberlin Polizeireviere umorganisiert, größtenteils durch Zusammenlegung. Im „Tagesspiegel“ schreibt ein Polizist über diese Reform: „Jedem intelligenten Menschen muß doch sofort auffallen, daß die Anfahrtszeit eines Funkwagens zum Einsatzort länger dauert, wenn man im Abschnittsbereich sieben Reviere schließt und dafür abgelegt eine Dienststelle eröffnet. Für die Funkwagenbesatzungen ist die Reform natürlich sehr positiv. Früher war man so schnell am Einsatzort, daß man jedesmal verdroschen wurde.“

Die Rhinocerosse schließen Frieden



Endlich haben Belgien und die kanadische Rhinoceros-Partei miteinander Frieden geschlossen. In einem belgischen Comic-Heft war dargestellt, wie ein Jäger ein Rhinoceros totschießt. Daraufhin erklärte die Partei Belgien den Krieg. Ein Sprecher sagte, der Ehrenvorsitzende der Partei, Cornelius I., ein Rhinoceros im Zoo von Granby, habe in dem totgeschossenen Tier seine Großmutter Elizabeth erkannt. Die Partei verlangte als Reparation zwei Kisten Bier und eine Schachtel Austern. Der Botschafter Belgiens in Kanada lud acht Parteifunktionäre ein. Sie bekamen die Reparationen und ein Essen. Die Sache gefiel ihnen so, daß sie beim Abschied sagten, sie würden jetzt öfter Krieg erklären.

Kalifornische Kopfkörper

Die weißen Kalifornier James McCarter und Marvin Noor schossen mit ihren Jagdflinten einen Neger tot, der ihnen auf einer Chaussee entgegenkam. Während des Untersuchungsverfahrens erklärten sie ihre Tat wie folgt: Sie seien auf Hirschjagd gewesen, hätten nichts erlegt und ihre Wut darüber an dem Neger ausgelassen.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
BRINGT DIE NEUE ZEIT

NEUE AEROFLOT-ROUTE



LENINGRAD—BRATISLAVA—LENINGRAD

Der moderne komfortable Jet TU 134 bringt Sie nach Leningrad, wo die Große Sozialistische Oktoberrevolution begann, in die schöne Newastadt mit ihren weltbekannten Museen und Denkmälern, architektonischen Kostbarkeiten, den zahlreichen Grünanlagen, Brücken und Kanälen.

Ausführliche Informationen
bei jeder Aeroflot-Vertretung

GUTE REISE!



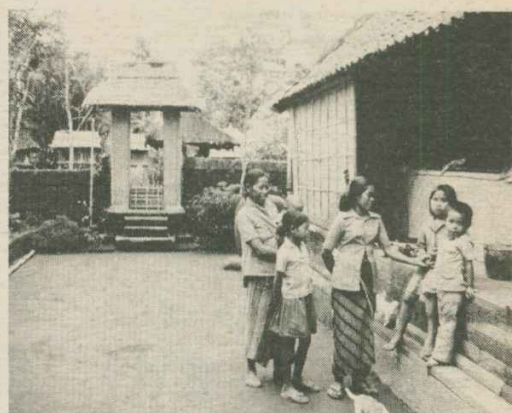
OFFICIAL OLYMPIC CARRIER

АЭРОФЛОТ



Soviet airlines

Im Objektiv: BALI



Diese indonesische Insel ist nicht nur in Südostasien, sondern in der ganzen Welt bekannt. Ungezählte Touristen kommen hierher, um die einmaligen Monumente der Vergangenheit, die Skulpturen und Tempel zu bewundern...

Bali hat ein mildes Klima, eine reiche tropische Vegetation, viele exotische Vogel- und Tierarten.

Doch das Leben der Einwohner von Bali, die überwiegend in der Landwirtschaft tätig sind, ist nicht leicht. Die Bauern mühen sich von früh bis spät auf den Reisfeldern. Selbst kleine Kinder arbeiten schon. Bauern, Handwerker und Fischer haben mit ihren Händen alle Reichtümer der Märcheninsel im Indischen Ozean geschaffen.

Fotos: W. Kalinin



Ein Fischer wirft
sein Netz aus

So wird der Mais
gestampft

Ein Balinese

Besaki,
der bedeutendste
buddhistische
Tempel der Insel



Ein Bauernjunge auf dem Rückweg vom Basar
In solchen Hütten wird das in der Lagune gewonnene
Salz gelagert

So wird der Reis gedroschen

